

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Dilemmas der Sozialpolitik

Jacek Kuron	Soziale Gerechtigkeit als soziale Bewegung
Richard B. Freeman	Postkommunistische Schizophrenie
Ira Katznelson	Jenseits von Sozialismus und Liberalismus
Hans-J. Wagener	Enttäuschungen, Wunder und rationaler Diskurs
Aleksander Smolar	Vom <i>homo sovieticus</i> zum Bürger
Claus Offe	Akteure und Agenda der Reform

Vergangenheiten

Tony Judt	Politische Mythen im Nachkriegseuropa
Markus Meckel	Vergangenheit als gesamtdeutsche Aufgabe
Dieter Simon	Verstellung und Waschzwang
Stefan Chwin	Die Furcht. Erzählung
Elemer Hankiss	Der ungarische Medienkrieg
Leszek Kolakowski	Vorwitzige Bemerkungen zum neuen Katechismus
Simon Norfolk	Willkommen, Bienvenue, Welcome. Photographien

Tony Judt

Die Vergangenheit ist ein anderes Land

Politische Mythen im Nachkriegseuropa

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zu den Revolutionen von 1989 wurden die Grenzen Europas und damit die verschiedenen Formen »europäischer« Identitäten von zwei beherrschenden Rücksichten bestimmt: der in Jalta vorgenommenen Aufteilung des Kontinents und dem auf beiden Seiten der Grenze bestehenden Wunsch, die jüngste Vergangenheit zu vergessen und einen *neuen* Kontinent zu schaffen. Im Westen strebte man zu diesem Zweck eine übernationale Einigung an, die an den Wiederaufbau und die Modernisierung der westeuropäischen Wirtschaft gekoppelt war. Im Osten wurde im Namen des gemeinsamen Interesses an der sozialen Revolution eine analoge, auf Produktivität fixierte Einheit von oben her vorgegeben. Auf beiden Seiten der Grenze hatte man gute Gründe, die Erfahrungen des Krieges und der Besatzungszeit zurückzustellen, und ein zukunftsorientiertes Vokabular der sozialen Harmonie und der materiellen Verbesserungen füllte die Lücke aus, die von älteren, polarisierenden und provinzielleren Ansprüchen und Ressentiments hinterlassen worden war.

Dieser Beitrag enthält einige Überlegungen über den Preis, den die bewußte und abrupte Nichtbefassung mit der unmittelbaren europäischen Vergangenheit und deren Ersetzung durch allerlei »Euro-phorie« gekostet hat. Ich werde die These vertreten, daß der besondere Charakter der Kriegserfahrung in Kontinentaleuropa sowie die bewußte Verzerrung, Sublimierung und Instrumentalisierung der Erinnerung an sie der Nachkriegszeit eine Identität vermacht hat, die von Grund auf falsch war, weil sie von der Errichtung einer unnatürlichen und unhaltbaren Grenze zwischen Vergangenheit und Gegenwart im Bewußtsein der europäischen Öffentlichkeit abhing. Die Art und Weise, wie die offiziellen Versionen von der Kriegs- und Nachkriegszeit sich in jüngster Zeit aufgelöst haben, läßt meines Erachtens auf ungelöste Probleme schließen, die den Kern der derzeitigen kontinentalen Krise bilden. Das gilt für West- wie für Osteuropa gleichermaßen, wenn auch auf verschiedene Weise. Schließlich werde ich auf einige der neuen Mystifikationen und Vergangenheitsbeschönigun-

gen eingehen, die den Zusammenbruch des Kommunismus begleiten und ihrerseits schon dabei sind, die neue europäische »Ordnung« zu gestalten bzw. zu verunstaten.

Die Vergangenheit ist ein anderes Land

Der Zweite Weltkrieg war für die meisten Europäer eine unvergleichliche und in mancher Hinsicht neuartige Erfahrung. Zunächst einmal war er, zumal in den letzten Kriegsmonaten, beispiellos zerstörerisch. In besonders verwüsteten Gebieten wie Jugoslawien wurden fast 66 Prozent des Viehbestandes, 25 Prozent der Weingärten, der größte Teil des rollenden Gutes der Bahnen sowie alle großen Straßen zerstört. Auch westliche Länder erlitten schreckliche materielle Verluste – bei den Kampfhandlungen 1944/45 wurden in Frankreich 75 Prozent aller Häfen und Bahnhöfe unbenutzbar gemacht, eine halbe Million Häuser irreparabel beschädigt. Selbst das nicht besetzte Großbritannien hat Berechnungen zufolge durch den Krieg 25 Prozent seines Nationalvermögens der Vorkriegszeit verloren.¹

Aber der Umfang der materiellen Verluste verblaßt, verglichen mit den Verlusten an Menschenleben, zumal in Mittel- und Osteuropa. Wir brauchen die Statistiken über Leiden, Tod und Verluste hier nicht zu wiederholen. Einerseits müssen die menschlichen Kosten nach industriellen Maßstäben veranschlagt werden – so effizient war die Vernichtungsmaschinerie, die Deutschland und seine Verbündeten aufgebaut und betrieben hatten –, andererseits sah dieser Krieg die unerwartete Rückkehr älterer Schrecken – in den Wochen nach der Einnahme Berlins durch die sowjetische Armee mußten sich 90 000 Frauen wegen Vergewaltigung in ärztliche Behandlung begeben. In Wien registrierten die westlichen Verbündeten in den drei Wochen nach dem Einmarsch der Roten Armee 87 000 Vergewaltigungsoffer. Zwischen Wolga und Elbe bedeutete der Zweite Weltkrieg eine Erfahrung, für deren spezifische Kombination aus Effizienz, Angst, Gewalt und Verarmung es in der lokalen Geschichte nichts Vergleichbares gab (nur Armenier und Spanier hatten in früheren Jahren schon einen Vorgeschmack solcher Greuel bekommen).

Allerdings gab es große Unterschiede. Manche Gegenden erlebten einen recht »guten« Krieg, zumindest bis zu den allerletzten Monaten. Böhmen und Mähren erging es unter dem Nationalsozialismus relativ gut; sie wurden bevorzugt wegen ihrer natürlichen und industriellen Ressourcen, ihrer qualifizierten und willigen Arbeitskräfte und wegen ihrer Ähnlichkeit mit den deutschen Nachbarn, was Art und Einstellung (wenn auch nicht die »Rasse«) betraf. Die meisten tschechischen Arbeiter und Bauern wurden von den Deutschen hofiert und konnten mit hohen Löhnen, Vollbeschäf-

tigung, guten Essensrationen usw. rechnen – nur Widerstandskämpfer, Kommunisten und Juden waren hier wie überall ernstlich gefährdet und hatten dauernde Verfolgung, Entbehrung und Deportation zu gewärtigen. Slowaken und Kroaten bekamen endlich ihren eigenen, »unabhängigen« Staat, und mochte auch an dessen Spitze ein Kollaborateur stehen, waren doch viele erfreut über diese Errungenschaft. Deutsche und Österreicher hatten erst gegen Ende des Krieges schwer zu leiden; bis dahin florierte ihre Wirtschaft dank der Materialien und Arbeitskräfte, die aus den besetzten Gebieten abgezogen wurden. Sogar Frankreich, ja gerade Frankreich fuhr gar nicht so schlecht dabei – die meisten französischen Kriegsverluste und die schlimmsten Akte kollektiver Bestrafung kamen erst nach der Landung der Alliierten (weswegen die Franzosen mit gemischten Gefühlen daran zurückdenken). Natürlich war es nicht angenehm, im Zweiten Weltkrieg Jude, Zigeuner oder Pole zu sein, wie man auch nicht sicher war als Serbe (in Kroatien), Russe (bis 1943), Ukrainer oder Deutscher (nach 1943). Aber wenn man etwa im Januar 1944 die Uhr hätte anhalten können, hätte der größte Teil des besetzten Europas wenig Grund zum Klagen gehabt, verglichen mit dem, was kommen sollte.

Man kann es auch so sagen: Der größte Teil des besetzten Europa betrieb entweder Kollaboration mit den Besatzungsmächten (das war die Minderheit) oder akzeptierte resigniert und gleichmütig die Präsenz und die Operationen der deutschen Streitkräfte (das war die Mehrheit). Wäre es anders gewesen, die Nationalsozialisten hätten ihre Hegemonie über den größten Teil des Kontinents schwerlich so lange aufrecht erhalten können: In Norwegen und Frankreich konnten sie sich auf aktive Partner bei der ideologischen Kollaboration verlassen; die baltischen Staaten, die Ukraine, Ungarn, die Slowakei, Kroatien und das flämisch sprechende Belgien nutzten begeistert die Chance, unter wohlwollender deutscher Oberaufsicht alte ethnische und territoriale Rechnungen zu begleichen. Der aktive Widerstand war bis zu den letzten Monaten auf einen begrenzten und in gewisser Weise sich selbst begrenzenden Personenkreis beschränkt: Sozialisten, Kommunisten (nach dem Juni 1941), Nationalisten und Ultramonarchisten sowie jene, die, wie die Juden, angesichts der Natur und Zielsetzung des nationalsozialistischen Projekts wenig zu verlieren hatten. Diese Widerstandskämpfer wurden oft von der lokalen Bevölkerung verachtet, bekämpft und verraten, entweder weil sie die Vergeltung der Deutschen auf sich zogen und damit für Unruhe sorgten oder weil die einheimische ethnische und politische Mehrheit sie fast ebenso sehr verab-scheute, wie die Deutschen es taten, und nicht unglücklich war, wenn sie zusammengetrieben und weggeschafft wurden.

So hinterließ der Krieg ein verderbliches Erbe. In der Stunde der Befreiung versuchte jeder, sich auf die Seite der Sieger zu schlagen – in diesem

Fall waren es die Alliierten und jene, die sich vor dem siegreichen Ende mit ihnen verbündet hatten. Angesichts der Natur dieses Krieges, der gegen Ende in eine ganze Reihe brutaler lokaler Bürgerkriege ausartete, war es für die meisten Europäer eine Angelegenheit von gewisser Dringlichkeit, zum Schluß auf der richtigen Seite zu stehen. Das führte dazu, daß man sich von jedem Menschen absetzte und distanzierte, der zum Feind gehört hatte (innen und außen), und da die Taten dieses Feindes in ihrer Brutalität und Größenordnung beispiellos gewesen waren, herrschte allgemeine Übereinstimmung, daß der Feind bestraft werden müsse. Selbst Leute wie Albert Camus, die daran zweifelten, daß eine korrekte und gerechte Identifikation von »Kriegsverbrechern« überhaupt möglich sei, erkannten doch die emotionale und politische Notwendigkeit eines solchen Säuberungs- und Vergeltungstribunals an. Die Frage war nur: wer und wie?²

An dieser Stelle verlassen wir den Zweiten Weltkrieg und betreten den Mythos dieses Krieges – einen Mythos, dessen Konstruktion schon in Gang kam, bevor der Krieg noch zu Ende war. Jedermann hatte ein Interesse an dieser Angelegenheit, das von der Begleichung privater Rechnungen bis zu dem sich abzeichnenden internationalen Gleichgewicht der Weltmächte reichte. In der Tat waren die Jahre 1945 bis 1948 nicht nur der Zeitraum, in dem Europa geteilt wurde und gleichzeitig die erste Phase seines Wiederaufbaus begann; sie waren auch, und eng damit zusammenhängend, die Periode, in der die Nachkriegserinnerung Europas Gestalt gewann.

Die europäische Nachkriegserfahrung

Wir können an dieser Stelle nur kurz auf die Faktoren eingehen, denen die seit 1948 in Europa kursierenden, offiziellen Versionen der Kriegserfahrung ihr Entstehen verdanken. Der erste Faktor war die allseits anerkannte Behauptung, daß die Schuld für diesen Krieg mit seinen Leiden und Verbrechen bei den Deutschen liege. »Sie« hatten es getan. Diese beruhigende Projektion von Schuld und Tadel entbehrte nicht einer gewissen intuitiven Logik: Ohne die deutschen Besetzungen und Deportationen der Jahre 1938 bis 1945 hätte es schließlich weder Krieg noch Todeslager noch Folgebesetzungen gegeben – und damit keine Veranlassung für die zivilen Konflikte, Denunziationen usw., die 1945 Europa überschatteten. Ferner war die globale Schuldzuweisung an Deutschland einer der wenigen Punkte, auf die alle Seiten, die einzelnen Länder wie die alliierten Mächte, sich leicht verständigen konnten. Die Konzentrationslager, die es auch in Polen, der Tschechoslowakei und sogar in Frankreich gegeben hatte, konnte man darüber leicht außer acht lassen oder der Besatzungsmacht in die Schuhe schieben und so von der Tatsache ablenken, daß viele dieser Lager unter

nichtdeutscher Führung gestanden hatten und (wie in Frankreich) schon vor Beginn der deutschen Besetzung eingerichtet und in Betrieb genommen worden waren.³

Außerdem erlaubte die ausschließliche Konzentration auf Deutschland, gewisse vertrackte Probleme wie den Nachkriegsstatus Österreichs durch Nichtbefassung zu lösen. Seit der Moskauer Deklaration der Vier Nationen (1943) stand Österreich als »erstes Opfer« der nationalsozialistischen Aggression fest, was nicht nur den Österreichern recht war, sondern auch die Vorurteile von Männern wie Churchill bestätigte, für den der Nationalsozialismus die natürliche Konsequenz des preußischen Militarismus und Expansionismus war.⁴ War Österreich schon schuldlos, so bedurfte offenbar auch die besondere Verantwortung anderer Nicht-Deutscher in anderen Ländern keiner genauen Überprüfung. Das war das Verdienst der Nürnberger Prozesse, wo die Schuld der *Deutschen* sich in einer Reihe von Urteilen gegen deutsche *Nationalsozialisten*, und zwar einige *wenige* ausgewählte, niederschlug. Hierauf hatten vor allem die an den Kriegsverbrecherprozessen beteiligten sowjetischen Stellen gedrungen; sie wollten um jeden Preis eine breitere Diskussion über moralische und rechtliche Aspekte dieses Krieges verhindern, um nicht die Aufmerksamkeit auf die Praktiken der Sowjetunion selber zu lenken. Daß die Nürnberger Prozesse eine wichtige exemplarische, Rechtsnormen setzende Funktion hatten, steht außer Frage; aber die selektive Willkür und augenscheinliche Heuchelei, mit der die Alliierten zu Werke gingen, förderte den Zynismus der Nachkriegszeit und beruhigte zugleich das Gewissen vieler Nicht-Deutschen (und Nicht-Nationalsozialisten), gegen deren Handlungen man durchaus ähnliche Anklagen hätte erheben können.

Sodann gab es das Problem der Entnazifizierung. Schon sehr bald nach der Befreiung wurde erkennbar, daß Deutschland (und auch Österreich) bei einer konsequenten und gründlichen Entfernung aller nationalsozialistischen Verantwortungsträger nicht zu einem zivilen Staatsapparat und zur kommunalen Selbstverwaltung zurückfinden würde – auch nicht unter alliierter Aufsicht. Außerdem konnte man in beiden Ländern weder von den Sozialdemokraten noch von den Christdemokraten erwarten, daß sie auf die alten Nazis unter ihren Wählern verzichteten, sobald diese wieder am öffentlichen Leben teilnehmen durften; und so führte die Amnestie, durch welche 1948 in Österreich rund 500 000 einstige Parteigenossen ihre vollen bürgerlichen Ehrenrechte zurückerhielten, zwangsläufig zu einer fast augenblicklichen Amnesie, die es allen Seiten erlaubte, sich darauf zu einigen, daß diese Männer und Frauen sich künftig in nichts von den anderen unterschieden. Auch die restlichen »stärker belasteten« Nazis – immerhin 42 000 – wurden fast alle in den folgenden sieben Jahren begnadigt, da die westlichen Alliierten nicht unnötig Gefahr laufen wollten,

Österreicher und Deutsche durch übertriebenes Herumreiten auf deren Vergangenheit dem westlichen Block zu entfremden. Was 1945 noch völlig unvorstellbar gewesen wäre, war wenige Jahre später Wirklichkeit: Die Identifizierung und Bestrafung aktiver Nationalsozialisten im deutschsprachigen Europa war 1948 praktisch abgeschlossen und Anfang der fünfziger Jahre vergessen.

Die Verknüpfung der Kriegsschuld mit Deutschland und der Deutschen mit dem Nationalsozialismus kam den nichtdeutschen Nationen umso gelegener, als sie Rahmen und Vorwand für die »Endlösung« der Nationalitätenfrage in Kontinentaleuropa lieferte. Trotz Woodrow Wilson und der Versailler Verträge hatten nicht alle jene 60 Millionen Europäer, die 1914 unter »fremdem« Recht standen, nach dem Ersten Weltkrieg ihre Selbstbestimmung erlangt: Es gab noch immer 25 Millionen Menschen, die »in anderer Leute Staat« lebten. Die nationalsozialistischen Besatzer hatten dieses ewige europäische Problem insofern teilweise gelöst, als sie die meisten Juden und einige der kleineren staatenlosen Bevölkerungsgruppen ermordet hatten. Nach dem Krieg ergriffen die befreiten Staaten die Gelegenheit, die Homogenisierung fortzusetzen und ihrerseits die Deutschen zu verjagen. Als Ergebnis der in Potsdam vereinbarten Verschiebung der polnischen Grenzen wurden in den Nachkriegsjahren durch die Vertreibung der Volksdeutschen vom Balkan und die kollektive Bestrafung der Sudetendeutschen rund 15 Millionen Deutsche vertrieben: 7 Millionen aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen, 3 Millionen aus der Tschechoslowakei, knapp 2 Millionen aus Polen und der UdSSR und weitere 2,7 Millionen aus Jugoslawien, Rumänien und Ungarn. 2 Millionen starben auf der Flucht oder während der Vertreibung, die übrigen landeten in Westdeutschland (vor allem in Bayern), wo noch 1960 28 Prozent der Beamten im öffentlichen Dienst Vertriebene waren.⁵

Abgesehen von ihrer (erheblichen) innenpolitischen Bedeutung für Nachkriegsdeutschland hatten diese Ereignisse auch weitreichende Folgen für die Staaten, aus denen diese Deutschen kamen. Polen und Ungarn (wie auch Westdeutschland selbst) wurden zu Staaten von nie gekannter ethnischer Homogenität. Andere fühlten sich bemüßigt, die ethnischen Säuberungen fortzusetzen: Vor allem die Tschechen ergriffen die Gelegenheit, Hunderttausende von ethnischen Ungarn aus der Slowakei zu vertreiben oder umzusiedeln (zum Teil mußten sie das frei gewordene Sudetenland besetzen); der liberale Benes hatte nach der Befreiung erklärt, daß Tschechen und Slowaken nicht mit Deutschen und Ungarn unter einem Dach »zu leben wünschen«.⁶ Man sollte glauben, derartige Aktionen und die sie leitenden Gefühle hätten Empörung in Europa ausgelöst; war der Kontinent doch selber erst von dem ähnlich motivierten kollektiven Elend befreit worden, das der Besatzer über Ihn gebracht hatte. Doch weit

gefehlt: Man machte sofort einen klaren Unterschied zwischen der kollektiven Gewalt und Bestrafung, die diese Länder durch deutsche Kriegsverbrecher erlitten hatten, und der ethnisch motivierten Massensäuberung in Gestalt jener Vertreibungen, die von frei gewählten oder soeben befreiten nationalen Stellen angeordnet wurden.

So entstanden zwei Arten von Erinnerung: die Erinnerung an die Dinge, die die Deutschen im Krieg »uns« angetan hatten, und die ganz anders geartete Erinnerung an die (ganz ähnlichen) Dinge, die »wir« den »andern« angetan hatten (unter Ausnutzung einer Situation, die die Deutschen freundlicher-, wenn auch unbeabsichtigterweise geschaffen hatten). Zwei moralische Diskurse, zwei unterschiedliche Argumentationsweisen, zwei verschiedene Vergangenheiten. Unter diesen Umständen ging die störende Erinnerung an die Dinge, die wir *während* des Krieges (das heißt, unter deutschen Auspizien) den anderen angetan hatten, gnädigerweise verloren.

In dieser Situation wurde der Mythos vom »Widerstand« bzw. von der »Résistance« geboren. Wenn es für die Jahre 1939 bis 1945 einen Anknüpfungspunkt für die nationale Erinnerung geben sollte, mußte er das Gegenteil dessen repräsentieren, wofür jetzt die Deutschen standen. Wenn die Deutschen schuldig waren, waren »wir« unschuldig. Wenn Schuld darin bestand, Deutscher zu sein oder für Deutsche und ihre Interessen gearbeitet zu haben – und daß es solche Menschen in jedem besetzten Land an prominenter Stelle gegeben hatte, war kaum zu bestreiten –, dann mußte Unschuld gleichbedeutend sein mit Deutschenfeindlichkeit – nicht erst nach 1945, sondern auch schon vorher. Um unschuldig zu sein, mußte eine Nation also Widerstand geleistet haben, und zwar in ihrer überwältigenden Mehrheit – ein Anspruch, der denn auch in ganz Europa notgedrungen erhoben und pädagogisch befestigt wurde, von Italien bis nach Polen, von den Niederlanden bis nach Rumänien. Natürlich gab es Länder, in denen die historischen Fakten dieser Verdrehung Hohn sprachen – Frankreich, Italien, wo der antifaschistische Widerstand spät kam und auf den Norden des Landes beschränkt blieb, die Niederlande, wo stark übertriebene Berichte von der Rettung abgestürzter britischer Piloten durch heldenhafte Bauern in die nationale Nachkriegsmythologie gingen. In diesen Fällen wurde die Aufmerksamkeit der Nation schon in den ersten Nachkriegsmonaten bewußt abgelenkt: Es gab einige Beispiele und Geschichten, die ständig wiederholt und bis zum Überdruß breitgetreten wurden und denen man in Romanen und Erzählungen, im Rundfunk, in der Presse und vor allem im Kino auf Schritt und Tritt wiederbegegnete.

Mythenbildungen der Nachkriegszeit

Es ist verständlich, daß die einstigen Kollaborateure und alle, die es nur einfach »ausgesessen« hatten, über diese für sie günstige Beschönigung der Kriegszeit nicht unglücklich waren. Aber warum haben die wirklichen Widerstandskämpfer, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit doch meistens auch an den Schalthebeln der Macht saßen, diese Retuschierung der Vergangenheit geduldet? Die Antwort ist eine zweifache. Zum einen kam es darauf an, in Ländern, in denen Autorität, Vertrauen, öffentlicher Anstand, ja die elementarsten Voraussetzungen zivilen Verhaltens von einer totalitären Regierung und einem totalen Krieg zerstört worden waren, der Bürgergesellschaft wieder einen minimalen Zusammenhalt zu geben und die Autorität und Legitimität des Staates wiederherzustellen. De Gaulle in Frankreich, de Gasperi in Italien, sowie die verschiedenen kommunistisch geführten Volksfrontregierungen in Osteuropa hielten es darum für nötig, ihren Bürgern zu erklären, daß ihre Leiden das Werk der Deutschen und einer Handvoll verräterischer Kollaborateure gewesen seien, daß sie heldenhaft gelitten und gekämpft hätten und daß es jetzt, da der Krieg zu Ende und die Schuldigen ihrer gerechten Bestrafung zugeführt worden seien, ihre Pflicht sei, die Aufgaben der Nachkriegszeit anzupacken, Vertrauen zur verfassungsmäßigen Regierung zu haben und einen Schlußstrich unter den Krieg zu ziehen. Die einheimischen Widerstandsbewegungen sahen keine andere Möglichkeit, als diesem Kurs zuzustimmen, den Plan einer radikalen innenpolitischen Erneuerung fallenzulassen und ebenfalls dem Bemühen um Stabilität Vorrang einzuräumen, auch wenn das, wie im Falle Italiens, bedeutete, die Römischen Protokolle vom November 1944 mitzuunterzeichnen, die praktisch die Fortdauer des faschistischen Staatsapparates nach dem Kriege garantierten.⁷

Zweitens hatten die Kommunisten, deren Agenda sich natürlich deutlich von denen ihrer Verbündeten im Widerstand unterschied, ihre ganz eigenen Gründe, das Verhalten ihrer Mitbürger im Krieg im heroischen Sinne umzuschreiben. Im Westen konnten sie hoffen, aus ihrem Verhalten im Krieg den Anspruch abzuleiten, in der Stunde der Not für die ganze Nation gesprochen zu haben, und vielleicht darauf pochen, noch immer für sie zu sprechen. Aus diesem Grunde trugen weder der *Parti Communiste Français* (PCF) noch der *Partito Comunista Italiano* (PCI) Bedenken, den antifaschistischen Widerstand der französischen bzw. italienischen Massen zu übertreiben, solange sie nur selbst von dieser Illusion an der Wahlurne und in der nationalen Erinnerung profitierten. So paßte es durchaus ins paradoxe Bild, daß ausgerechnet Togliatti, der italienische Kommunistenführer, den Entwurf zur Amnestie von 1946 verfaßte, die die kursorischen und selektiven antifaschistischen Säuberungen im Nachkriegsitalien beendete.

Im Osten, wo der Kommunismus überall mit Ausnahme der Sonderfälle Jugoslawien und Albanien nicht dank der heldenhaften Bemühungen des lokalen Widerstands, sondern im Marschgepäck der Roten Armee ins Land gekommen war, hatten die Kommunisten ein Interesse daran, den aufsässigen lokalen Bevölkerungen mit jenen suggestiven Legenden zu schmeicheln, die jetzt von der UdSSR über sie lanciert wurden: daß nämlich Mittel- und Osteuropa das unschuldige Opfer eines deutschen Überfalls geworden sei, keine Mitschuld an seinem Untergang und an den auf seinem Territorium verübten Verbrechen trage und gleichberechtigter Partner beim Werk der Befreiung unter Führung der sowjetischen Soldaten draußen und der kommunistischen Partisanen daheim gewesen sei. Diese Darstellung, die vierzig Jahre lang die Geschichtsbücher der »Volksdemokratien« beherrscht hatte, war nun allerdings noch weniger überzeugend als der Schwindel, den man in Paris und Rom erzählte, und die wenigsten Menschen in Mittel- und Osteuropa glaubten an sie, selbst jene nicht, die starke Motive dafür hatten. Aber da niemand ein Interesse hatte, diese Version zu bestreiten – und zwei Jahre später war es zum Bestreiten schon zu spät –, schlug sie eben Wurzeln.

Zudem bot die von den Kommunisten in Osteuropa propagierte Identifizierung und Bestrafung jener wenigen »Verräter«, die die ansonsten heroische einheimische Bevölkerung an die Besatzer ausgeliefert hatten, die Gelegenheit zur Aburteilung, Inhaftierung oder Liquidierung von Leuten, die den Kommunisten auf dem Weg zur Macht hinderlich sein konnten. So entstanden im Januar 1945 in Ungarn »Volksgerichte« zur Aburteilung von Kriegsverbrechern. Zunächst war an der Integrität dieser Gerichte nichts auszusetzen, doch später wurden ihnen auch die Tatbestände der »Sabotage« und der »Verschwörung« zur Aburteilung zugewiesen, was schlimme Folgen hatte; Ähnliches geschah in Rumänien und vor allem in Bulgarien, wo die Vaterländische Front mit Tausenden wirklicher oder vermeintlicher politischer Rivalen Nachkriegsrechnungen beglich; zwischen prodeutschen, prowestlichen und antikommunistischen Hinrichtungskandidaten machte man dabei keinen Unterschied – alles im Namen der Nation und ihrer Leiden im Krieg. Unterdessen hatte man überall mit dem Bau von Erinnerungsstätten begonnen, die alle dieselbe pädagogische Botschaft vermittelten: Der Zweite Weltkrieg war ein »antifaschistischer« Krieg gewesen, in dem nationalsozialistische Deutsche kapitalistische und imperialistische Ziele verfolgt hatten und von einem nicht weiter differenzierten »Volk« bekämpft worden waren, dessen Territorium sie besetzt hielten. Greuelthaten waren immer von »Faschisten« (ausländischen wie einheimischen) gegen die lokale Bevölkerung begangen worden; *nie-mals* wurde erwähnt, was nationale, ethnische oder religiöse Minderheiten erlitten hatten, sei es durch Russen (natürlich ein Tabu), sei es durch die

einheimische Bevölkerung oder auch die Deutschen selbst. Reinsten Ausdruck fand diese Haltung in der offiziellen Version über die Kriegszeit und den Nachkriegscharakter Ost-Deutschlands, eines Arbeiter- und Bauern-Staates, der bisher durch eine Handvoll nationalsozialistischer Kapitalisten aus dem Westen unterdrückt und jetzt befreit worden war.

So kam es, daß nach der Befreiung im Osten ebenso wie im Westen das Projekt der gerechten Bestrafung und Säuberung von Verbrechern und Kollaborateuren unvollendet blieb. Das Problem war natürlich in sich kompliziert und paradox: Wie bestraft man Zehntausende oder gar Millionen von Menschen für Handlungen, die von den Inhabern der Macht gebilligt, legalisiert und sogar ermutigt worden waren? (So hatte zum Beispiel Vichy-Frankreich das Erbe eines verfassungsmäßig gewählten Parlaments angetreten.) Andererseits: Mit welchem Recht kann man Taten ungesühnt lassen, die offenkundig kriminell waren, noch bevor sie unter das Verdikt der »Justiz der Sieger« fielen? Wie entscheidet man, wer wofür bestraft wird? Wer entscheidet? Wann genau hat die Säuberung den Punkt erreicht, wo sie zwar elementaren Gerechtigkeits- und Rachebedürfnissen entspricht, aber noch nicht polarisierend wirkt und ein ohnedies schon lädiertes soziales Geflecht zusätzlich beschädigt? Was ich sagen will, ist dies: Auch bei wohlwollendster Bewertung dieser Fragen war die Antwort der Nachkriegszeit auf sie von tragischer Unzulänglichkeit.⁸

Die meisten Akte von Vergeltung ereigneten sich *vor* der Befreiung der fraglichen Länder oder genau *während* der Befreiung, als der deutsche Machtapparat zusammenbrach und eine neue Autorität erst installiert werden mußte. Von den annähernd 10 000 summarischen Hinrichtungen in der Übergangszeit zwischen der Vichy-Regierung und der Vierten Republik wurden etwa 30 Prozent vor der Landung der Alliierten in der Normandie (»D-Day«) vorgenommen und weitere 50 Prozent während der Kämpfe der folgenden Wochen. Ähnlich war es in Italien, wo die meisten der wegen faschistischer Betätigung oder Kollaboration erschossenen Personen vor oder in den Wochen der endgültigen Befreiung exekutiert wurden. Mit anderen Worten: die meisten der schweren »Strafen« für Taten während des Krieges wurden verhängt und vollzogen, bevor formelle oder offizielle Tribunale errichtet worden waren und zur Rechtsfindung Gelegenheit hatten.⁹ Dasselbe gilt für Osteuropa (einschließlich Jugoslawiens), wo ein parteiliches Begleichen alter Rechnungen die herrschende Form der halboffiziellen Vergeltung für Kollaboration und Kriegsverbrechen war.¹⁰

So waren mindestens zwei der Funktionen einer vergeltenden Rechtsprechung – die Umsetzung des Bedürfnisses nach Gerechtigkeit und die Kanalisierung privater Gewalt – kooptiert worden und im wesentlichen zur Anwendung gekommen, bevor legitime Nachkriegsinstitutionen ge-

schaffen wurden. Was blieb zu tun? Die öffentliche Sicherheit mußte wiederhergestellt werden, um die neuen politischen Institutionen zu schützen; es bedurfte symbolischer Akte der Justiz zur Legitimierung der neuen Autoritäten sowie öffentlicher Worte und Taten, um die Nation moralisch zu erneuern. Von der Entnazifizierung war bereits die Rede. Aber selbst mit Schwerverbrechern verfuhr man halbherzig. Die Fälle Österreich und Frankreich sind exemplarisch (in Osteuropa lagen die Dinge durch den bereits geschilderten Mißbrauch der Gerichtsverfahren anders). In Österreich wurde gegen 130 000 Personen wegen Kriegsverbrechen ermittelt; gegen 23 000 von ihnen wurde Anklage erhoben; 13 600 wurden für schuldig befunden, 43 zum Tode verurteilt (etwa so viele wie in Dänemark), 30 dann tatsächlich hingerichtet. In Frankreich wurden 791 Todesurteile vollstreckt – von 2 640, die die Gerichte ausgesprochen hatten. Noch aufschlußreicher waren die Gesamtzahlen: Während in Norwegen, Belgien und den Niederlanden die Zahl der wegen Kollaboration verurteilten Personen zwischen 40 und 64 pro 10 000 Einwohner schwankte, waren es in Frankreich 12 auf 10 000 Einwohner.¹¹

In Österreich und in Frankreich sah man es also offenkundig als vordringlich an, die Zahl der verurteilten Personen auf ein Mindestmaß zu begrenzen, diesen wenigen »Auserwählten« die symbolische und repräsentative Funktion des Verbrechers und Verräters zuzuweisen und im übrigen das soziale Geflecht nicht anzutasten oder, wo dies nicht möglich war, den Schaden sobald wie möglich durch ein gnädiges kollektives Wegsehen zu beheben.¹² Es sei auch erwähnt, daß in vielen Ländern die Menschen, die schließlich bestraft wurden, eher aufgrund der Ungeheuerlichkeit ihrer Funktionen oder ihrer Vorkriegsprominenz vor Gericht gestellt wurden als wegen des Ausmaßes und der Tragweite ihres Handelns. Dieses Auswahlkriterium blieb nicht unbemerkt und erklärt zum Teil die Skepsis der Öffentlichkeit in der damaligen Zeit.¹³

In Italien war die Sache noch komplizierter, weil man nicht nur mit Krieg und Besetzung, sondern auch mit zwanzig Jahren einheimischem Faschismus zu Rande kommen mußte (aber nicht konnte); hier waren die Säuberungen, die dem anfänglichen Aderlaß der Befreiung folgten, von geradezu zynischer Unzulänglichkeit. Da die Mitgliedschaft in der faschistischen Partei für italienische Beamte Pflicht gewesen war, war eine gründliche und konsequente Säuberung der Regierung und Verwaltung schlechterdings nicht möglich. Statt dessen tat man gar nichts. Noch 1960 waren 62 der 64 Präfekten der Republik ehemalige faschistische Funktionäre; dasselbe galt für *sämtliche* 135 Polizeichefs! Freilich ist nicht sicher, ob unter den schwierigen Verhältnissen der Jahre 1945/47 in Italien, Frankreich und Österreich überhaupt etwas anderes möglich gewesen wäre.¹⁴ Sicher ist jedoch, was diese unklaren Transaktionen bewirkten:

Dem größten Teil der Bevölkerung und vor allem denjenigen, deren Verhalten in der Kriegszeit ambivalent gewesen war, fiel es angesichts dieser offensichtlich willkürlichen und im Grunde gnädigen Justiz nur umso leichter, die Umstände und Taten, die die Zeit des Faschismus und der Besetzung gekennzeichnet hatten, zu vergessen und vergessen zu machen.

Der letzte Punkt, der im Zusammenhang mit den Nachkriegsjahren Erwähnung verdient, betrifft die internationale Arena. Mit Ausnahme von erzwungenen Vereinbarungen mit einigen kleineren Kriegsgegnern, die 1946 in Paris unterzeichnet wurden, beendeten die Alliierten das Nachkriegsverhältnis zu keinem der früheren Feindstaaten mit einem abschließenden Friedensvertrag. Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg war der Zweite Weltkrieg von einer Serie immer kontroverserer und unproduktiver Außenministertreffen gekennzeichnet, die 1947 und 1948 in den Konferenzen von Paris, Moskau und London gipfelte, wo die Zusammenarbeit der Alliierten endete und der Kalte Krieg begann. Hauptstreitpunkt war natürlich die Teilung Deutschlands; demnach bedeutete die formelle Gründung der Bundesrepublik Deutschland und ihres östlichen Doppelgängers 1949 praktisch das Ende der unmittelbaren Nachkriegszeit. Gleichwohl warteten die westlichen Alliierten noch bis zum Juli 1951, bevor sie den »Kriegszustand« mit Deutschland für beendet erklärten. Das Fehlen jeglichen Friedensvertrages nach der Art, wie er traditionellerweise nach allen großen europäischen Konflikten unterzeichnet wurde, war aus folgendem Grund bedeutsam: Der Zweite Weltkrieg verlor seine ursprüngliche und spezielle Bedeutung als Kampf zwischen Deutschland und den Alliierten und wurde statt dessen zum blutigen Vorspiel neuer Arrangements und Konfrontationen – eine Situation, die andere Konfigurationen erzeugte und dadurch die ohnehin schon unscharfe Erinnerung an den Krieg selbst weiter trübte.

Hatten die Westeuropäer in der Nachkriegszeit die gesamte Verantwortung für den Krieg Deutschland zugeschoben, so sahen sie sich jetzt nach kurzer Zeit genötigt, Deutschland – oder einen Teil davon – als Verbündeten in einem Kampf zu sehen, dessen Sinn nicht mehr ohne weiteres auf den vergangenen Krieg zu beziehen war. In Osteuropa wurde ein Krieg der nationalen Befreiung von den Deutschen in den Auftakt und Ausgangspunkt einer innenpolitischen Revolution umgedeutet, was den Menschen dieser Regionen ein Verständnis der Kriegsjahre aufzwang, welches keinen Sinn ergab und erst durch einen Akt der freiwilligen Amnesie nachvollziehbar wurde. Es war unumgänglich, alles zu vergessen, was man bisher nicht nur über Deutsche, Russen und Amerikaner, sondern auch über seine Nachbarn, seine Freunde und sich selbst gewußt hatte. Ein Friedensvertrag hätte an dieser Entwicklung natürlich wenig oder gar nichts geändert. Aber er hätte den Zweiten Weltkrieg beendet und ihm historisch und in der

Erinnerung einen festen Rahmen geben. Statt dessen verschoben die Europäer (die Regierungen wie die Bevölkerung) jedes kollektive Bemühen darum, den Krieg in der Erinnerung zu bewältigen. Als der Friedensvertrag ausblieb, ließ man die Frage einfach ungelöst auf sich beruhen – begraben, vernachlässigt und selektiv vergessen.

Bis hierher habe ich die Erfahrung Osteuropas und Westeuropas als *eine* behandelt. Trotz der offenkundigen Unterschiede in ihrer Kriegs- und Nachkriegsgeschichte hatten die beiden Hälften Europas in den uns hier interessierenden Belangen vieles gemeinsam. Aber von 1948 an divergierten ihre jeweiligen Geschichten auf eine Weise, die für das Thema »Erinnerung und nationale Mythologie« unmittelbar einschlägig ist. Erst später, im Zuge der Rückbesinnung und des Erwachens, konvergieren die Wege wieder. Mit 1948 verabschiedeten die westlichen Nationen Europas die unmittelbare Vergangenheit und brachen auf in das »Abenteuer Europa«, das seitdem ihre nationalen Energien und Aussichten zumindest offiziell gebunden hat. (Eine Ausnahme bildet Großbritannien, für das die Geschichte deutlich später beginnt – nicht zuletzt deshalb, weil man hier das Glück gehabt hat, jene Erfahrungen nicht machen zu müssen, die die Kontinentaleuropäer so schnell vergessen wollten.) Im Zuge dieses neuentdeckten »Europäertums« richteten sich die Westeuropäer 25 Jahre lang in einer bequemen »kollektiven Amnesie« (Enzensberger) ein und bauten ihre Hälfte des Kontinents auf einer Reihe von »Gründungsmythen« auf.¹⁵

Diese Mythen waren im wesentlichen die Umkehrung der oben bezeichneten Kriegs- und Nachkriegsgeschichte. Sie setzten die allgemeine Zustimmung zu der Behauptung voraus, der Nationalsozialismus sei ein rein deutsches Phänomen gewesen, Westdeutschland sei wirksam entnazifiziert worden und diejenigen, die Strafe verdient hätten, seien – bis auf einzelne notorische Ausnahmen – auch bestraft worden. In Frankreich behandelte man das Vichy-Zwischenspiel als eine Verirrung der nationalen Geschichte, ausgelöst durch die Umstände des Krieges und der Besatzung und einem widerstrebenden Land durch die verräterischen Umtriebe einer Minderheit aufgedrängt. In Italien blieb die Erfahrung mit dem Faschismus aus der öffentlichen Diskussion weithin ausgespart, was mit einer doppelten Mythisierung korrespondierte: daß Mussolini ein Schwachkopf gewesen sei, den eine brutale und nicht repräsentative Clique an der Macht gehalten hätte, und daß die Nation von ihren faschistischen Makeln gereinigt worden sei und an der eigenen Befreiung tatkräftig und begeistert mitgewirkt habe. Norwegen, Dänemark, die Niederlande und Belgien galten aufgrund ihrer Erfahrung in der Kriegszeit uneingeschränkt als Opfer, und die tatkräftige und enthusiastische Kollaboration mancher Flamen und Holländer fiel unter den Tisch. Österreich, das mit dem Staatsvertrag von 1955 seine volle Unabhängigkeit zurückerhalten hatte,

gelang es, den Alliierten eine Vereinbarung abzugewinnen, die das Land von jeder Verantwortung für die Jahre unter nationalsozialistischer Herrschaft freisprach und damit die Bürger jeder etwa noch empfundenen Notwendigkeit enthob, über diese Jahre und die Begeisterung *aller* Seiten (auch vieler Sozialdemokraten) für die Idee (wenn nicht die Realität) des Anschlusses nachzudenken.¹⁶ Auch Schweden und die Schweiz partizipierten an dieser »Ära des guten Gewissens«, der deutsch-französischen Versöhnungen und Wirtschaftswunder; getilgt war selbst die blasseste Erinnerung an Schwedens Kriegshandel mit Deutschland und an die hartnäckige Praxis der Schweiz, zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen zu unterscheiden und erstere bei jedem versuchten Grenzübertritt an die Nazis auszuliefern.¹⁷

Heute fällt es nicht mehr leicht, sich an dieses Europa zu erinnern, das von der Zeit des Marshall-Plans bis zum Anfang der siebziger Jahre existierte: Es ist selbst ebenfalls ein anderes Land. In ihm wurden Produktivität, Modernität, Jugend, wirtschaftliche Integration und innenpolitische Stabilität zur Obsession. Bezeichnenderweise war es größtenteils das Werk von Politikern, die aus einem Grenzgebiet ihres jeweiligen Staates stammten – Schuman, de Gasperi, Adenauer – und ihre Landsleute aufriefen, über ihr traditionelles nationales und lokales Koordinatensystem hinauszudenken.¹⁸ Während die Akkumulierung und relativ radikale Umverteilung von Wohlstand und Dienstleistungen nationale Traumata und unglückliche Erinnerungen verdrängte, wurde der Europagedanke als Ersatz für jene nationalen Identifikationen wieder hervorgeholt, die in der Vergangenheit so tiefe Verwundungen verursacht hatten. Ich sage »hervorgeholt«, weil der Begriff des »vereinten Europa« nicht neu war. Die Formulierung »États-Unis d'Europe« findet sich schon im Februar 1848 in der Pariser Zeitschrift *Le Moniteur*. Die Vorstellung von einer europäischen Identität hatte in der Zwischenkriegszeit und während des Krieges in gewissen Kreisen kursiert. Das Problem war nur, daß es die Rechten, zumal die faschistischen Rechten waren, die damals stark mit diesem Gedanken geliebäugelt hatten; sie stellten eine neue gesamteuropäische Ordnung gegen die anarchischen und krisengeschüttelten Demokratien der liberalen Ära und verstanden dieses neue Europa als Bollwerk sowohl gegen die imperialistische Herausforderung der »angelsächsisch-jüdischen Plutokratien«, die den Kontinent vom Westen her bedrohten, als auch gegen die »jüdisch-kommunistisch-slawische« Gefahr aus dem Osten. Daher mußte nach 1945 auch »Europa« neu erfunden werden, wobei es von der Absage an die Vergangenheit profitierte und seine Glaubwürdigkeit auf die Lossagung von seinen provinziellen, defensiven und exklusiven Wurzeln stützen mußte.

Die Entwirrung der Geschichten

Die Rache der Geschichte hat lange auf sich warten lassen und bleibt partiell. Jahrelang kam der Geschichtsunterricht in Westdeutschland nicht über Bismarck hinaus, und die französische Regierung verwahrte sich bekanntlich mehr als ein Jahrzehnt lang dagegen, daß Marcel Ophüls' Film *Le Chagrin et la Pitié* im staatlichen Fernsehen gezeigt wurde. Doch begann in Frankreich wie in Deutschland eine neue Generation, unbequeme Fragen zu stellen – in Deutschland speziell veranlaßt durch die Prozesse gegen KZ-Aufseher in den Jahren 1963 bis 1965. Diese Prozesse sowie das Verfahren gegen Adolf Eichmann in Jerusalem veranlaßten in Frankreich am 26. Dezember 1964 die Verabschiedung eines Gesetzes, wonach Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht verjähren.¹⁹ Trotz solcher Anzeichen für die zunehmende Beschäftigung mit den Verbrechen, die in Frankreich unter den Auspizien der deutschen Besatzer begangen worden waren, blieb die Untersuchung der unbequemen Fragen häufig ausländischen Forschern überlassen; das »Vichy-Syndrom«, das Henry Rousso (Jahrgang 1954) so trefflich beschrieben hat und das für ähnliche historische Mystifikationen in anderen Ländern Europas stehen kann, ist erst in den letzten Jahren wirklich entwirrt worden.²⁰

Diese Entwirrung hat verschiedenartige Formen angenommen. In Frankreich und in geringerem Umfang in den Niederlanden und in Belgien war sie das Werk einer von der Öffentlichkeit relativ unbeachteten Historikerzunft, deren Schlußfolgerungen und Beweise immer erst dann Aufmerksamkeit erregten, wenn besonders krasse Fälle in die Schlagzeilen gerieten – die bekanntesten in Frankreich waren die von René Bousquet, Maurice Papon und Paul Touvier.²¹ Der Historikerstreit in Deutschland enthüllte kein neues Material über den Nationalsozialismus (aus den genannten Gründen waren die Sünden der Deutschen ausgiebig publik gemacht worden), aber er eröffnete die Diskussion um die Stellung des Nationalsozialismus im Kontext anderer zeitgenössischer Staatsverbrechen, namentlich jener der Sowjetunion unter Stalin.²² In Österreich bedurfte es der Kandidatur und Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten, um die Nation (oder Teile von ihr) aus ihrer historischen Selbstzufriedenheit aufzurütteln und mit der verbreiteten Meinung aufzuräumen, 1945 sei das »Jahr Null« der österreichischen Geschichte gewesen und alles vorher Geschehene sei folgenlos geblieben.²³

Gemeinsamer Nenner aller dieser Enthüllungen und Diskussionen war die Frage nach dem Ausmaß, in dem das demokratische Westeuropa auf öffentlicher und individueller Verdrängung errichtet worden war. Ältere Europäer klammern sich nach wie vor an die alternative Vergangenheit – Meinungsumfragen in Frankreich ergaben, daß die Mehrheit der Menschen über fünfzig es am liebsten sähe, wenn das Thema verschwände, und

es kaum erwarten kann, bis Menschen wie Touvier zusammen mit ihren Verbrechen begraben werden. Sie können nicht sehen, welchen Nutzen es haben soll, die Greuel der Vichy-Zeit wieder aufzurollen, auch wenn sie persönlich keine Schuld daran treffen kann. In Österreich hat der Komplex Waldheim die Kluft zwischen den Generationen vertieft: In einer Umfrage vom März 1988 hielten sich bei der Frage, ob Österreich Opfer oder Mittäter des Anschlusses gewesen sei, bei den Personen unter dreißig die Meinungen pro und contra die Waage; bei den Personen über fünfzig hingegen optierten mehr als doppelt so viele für den Opfer- wie für den Mittäterstatus.

Zur Neubewertung der Vergangenheit hat ferner der stetige Niedergang des Kommunismus beigetragen. Nachdem die französischen und die italienischen Kommunisten die Macht über ihre Wähler verloren hatten und die politische Phantasie ihrer Länder nicht mehr beflügelten, wurde es leichter, unbequeme Fragen über die Rolle der Kommunisten im antifaschistischen Widerstand und deren wahre Dimension zu stellen. Heute, wo jeder auf diesen Zug aufgesprungen ist und sich die kritische Widerstandsforschung als neue Forschungsdisziplin etabliert hat, ist es manchmal schwer, sich daran zu erinnern, daß noch bis vor kurzem leidenschaftslose analytische Studien von Historikern wie Claudio Pavone oder Henry Rousso nicht denkbar – und in gewissen Kreisen nicht publizierbar – gewesen wären. Und die Tatsache, daß erst der Niedergang der antifaschistischen Linken das ganze Ausmaß von Faschismus und Kollaboration im eigenen Lande erkennbar werden ließ, entbehrt nicht der Ironie. Doch liegt hierin auch eine gewisse Logik: Nur die wenigsten Menschen in Frankreich wollten zugeben, daß es zwischen Vichy und der vorangegangenen bzw. der darauffolgenden Republik Elemente der Kontinuität gegeben hatte; denn dies hätte zum einen die Entwertung des »Bruches« von 1945 impliziert und zum anderen eine augenscheinliche »Normalisierung« und Relativierung der Vichy-Jahre bedeutet.²⁴ Ähnliche Zwänge behinderten das Aufspüren von Kontinuitäten in der modernen italienischen Geschichte, ganz zu schweigen von Studien zur wahren Stellung Mussolinis in der italienischen Phantasie, wie sie jüngst Luisa Passerini vorgelegt hat.²⁵

Da diese besorgte und beunruhigende Neuverhandlung der Geschichte sich zu einem guten Teil nicht an die Fachwelt, sondern an die Öffentlichkeit richtet (von den erwähnten Debatten haben nur wenige unsere Kenntnis der vergangenen Ereignisse wesentlich erweitert, wie ja auch der entscheidende Denkanstoß, der vom *Archipel Gulag* ausging, nicht auf dem Informationswert des Buches beruhte, der minimal war), hat sie ihre stärkste Wirkung nur in den unmittelbar betroffenen Ländern. Das Interesse des Auslandes, zumal der Engländer und Amerikaner, blieb sporadisch, selektiv und vielleicht eine Spur schadenfroh. Aber auch in Frankreich,

Italien und Westdeutschland war die Wirkung der schon halb verdaut geglaubten, aber nun wieder aufstoßenden und zu neuer Anerkennung gelangenden Vergangenheit auf Politiker und Journalisten, die sich im Grunde genommen für andere Dinge interessierten, verschwindend gering, verglichen mit den dramatischen Implikationen der Wiedergewinnung der Erinnerung in Mittel- und Osteuropa.

War das Problem in Westeuropa die Kürze der Erinnerung, so liegen die Dinge in der anderen Hälfte des Kontinents genau entgegengesetzt. Hier gibt es zu viel Erinnerung, zu viele Vergangenheiten, auf die man zurückgreifen kann – zumeist als Waffe gegen die Vergangenheit eines anderen. Beschränkte das westeuropäische Dilemma sich auf die unglücklicher Erinnerungen in den Jahren der Besatzung (1940-1944/45), so haben die Osteuropäer eine Vielzahl analoger Referenzpunkte: 1918-1921, 1938, 1939, 1941, 1944, 1945-1948, 1956, 1968 und jetzt 1989. Jeder dieser Momente bedeutet für die jeweilige Nation oder ethnische Gruppe sowie für verschiedene Generationen innerhalb dieser Gruppen etwas anderes, und fast immer etwas Strittiges und Tragisches. Für Osteuropäer ist die Vergangenheit nicht einfach ein anderes Land, sondern ein ganzer Archipel von verwundbaren historischen Territorien, die es vor den Attacken und Verdrehungen durch Bewohner der benachbarten Erinnerunginsel zu schützen gilt. Dieses Dilemma ist um so grausamer, als der Feind fast immer im Inneren steht: Die meisten der genannten Daten beziehen sich auf einen historischen Augenblick, in dem der eine Teil der Gemeinschaft (definiert durch Klasse, Religion oder Nationalität) sich das Pech des anderen zunutze machte, um zu Land, Besitz oder Macht zu kommen. Es sind also Erinnerungen an Bürgerkriege, und in einem Bürgerkrieg ist der Feind auch dann noch da, wenn die Kämpfe vorbei sind – sofern nicht eine äußere Macht so freundlich war, mit einer »Endlösung« nachzuhelfen.

Der Kommunismus schien all dem ein Ende zu bereiten. Die Sowjetmacht requirierte die nationalen Mythen für ihre eigenen Zwecke, verbot jeden Bezug auf unbequeme oder konfliktreiche Momente mit Ausnahme derer, die nachträglich ihr eigenes Auftreten vorwegnahmen, und zwang der östlichen Hälfte Europas eine neue »Brüderlichkeit« auf. Aber sie schaffte die Vergangenheit nicht einfach ab; sie erfand sie neu. Wir haben schon gesehen, wie und warum in kommunistisch regierten Ländern der Mythos vom antifaschistischen Widerstand eine derartige Inflation erlebte. Die Kommunisten spielten auch geschickt den revolutionären Charakter der nationalsozialistischen Besetzung herunter – die Tatsache, daß die soziale Revolution in Osteuropa, die nach 1947 unter sowjetischer Ägide vollendet wurde, in Wahrheit bereits unter den Deutschen begonnen hatte, die die alten Eliten hinwegfegten, einen wesentlichen Teil des (jüdischen) städtischen Bürgertums enteigneten und das Vertrauen in den Rechtsstaat

radikal unterminierten. Aber die historische Realität, daß die eigentliche revolutionäre Zäsur in der modernen osteuropäischen Geschichte nicht 1945, sondern 1939 kam, konnte man nicht zugeben. Die Kontinuitäten zwischen der nationalsozialistischen und der sowjetischen Herrschaft wurden zwangsläufig geleugnet, und an ihre Stelle rückte der Mythos von der revolutionären *Nachkriegs*-Veränderung.

Überall, von Bulgarien bis Polen, verlief dieser Prozeß ähnlich. In Ostdeutschland entwarf man eine nationale Sondergeschichte, deren Akzentsetzungen mit den Vorgaben der sowjetischen Außenpolitik variierten und deren Auswirkung auf die Bevölkerung verheerend war. Nach einer zunächst aggressiv betriebenen Entnazifizierung stellten die Kommunisten ihre Strategie um und verkündeten den Ostdeutschen, daß ihre eigene Geschichte unbefleckt sei. Unterdessen hatte eine nicht geringe Zahl kleinerer Nazi-Chargen ihre Karriere in Polizei und Bürokratie innerhalb des neuen Regimes fortgesetzt. Die Ostdeutschen, die ihre wahre Vergangenheit natürlich nur zu gut kannten und die brutale Rache der Russen erlebt hatten, sollten sich nun zurücklehnen und mit offiziell befohlener Billigung zusehen, wie vor ihren Augen die wesentlichen Charakteristika des nationalsozialistischen Staatsapparates aus den Ruinen auferstanden. Heute sind die Konsequenzen dessen, was Peter Schneider die »doppelte Zombifizierung« Ostdeutschlands genannt hat, für jedermann sichtbar.²⁶

Das Schweigen, das sich über Osteuropa legte, blieb vierzig Jahre lang ungebrochen. Weder die Aufstände von 1956 noch die Reformen von 1968 ließen diese zu Eis gefrorene Vergangenheit aufspringen; im Gegenteil, die Erinnerung an diese Ereignisse sowie der Umstand, daß man sich nur lügenhaft zu ihr verhalten konnte, vermehrte die Schichten öffentlicher Mythologisierung um eine weitere. Privat verachteten natürlich viele Menschen die offizielle Version der Vergangenheit; aber da sie nur ihre persönliche oder gruppeninterne Erinnerung an deren Stelle setzen und an ihre Kinder weitergeben konnten, trugen sie unbeabsichtigt zu jener doppelten Krise der Geschichte bei, die heute Osteuropa heimsucht. Auf der einen Seite ist jeder soziale, kulturelle und sogar persönliche Austausch vergiftet von Mißtrauen und Zynismus, so daß die Rekonstruktion einer Bürgergesellschaft, geschweige denn einer zivilen Erinnerung, sehr, sehr schwierig ist. Auf der anderen Seite gibt es eine Fülle von Erinnerungen und historischer Mythen, die sich jeweils einfach schon deshalb für legitim halten, weil sie privat und nicht offiziell sind. Wo diese privaten oder tribalen Versionen aufeinanderstoßen, erzeugen sie machtvolle Gegengeschichten, die einander wechselseitig ausschließen und polarisierend wirken.

Fehlerinnerungen in der neuen europäischen Ordnung

In der gegenwärtigen Situation gibt es einige chronisch ineinander verwickelte Themen, die das Bild der osteuropäischen Vergangenheit neuerlich gestalten und zusätzlich verzerren.

Kommunismus

Das erste Thema betrifft die Schuldgefühle in bezug auf die kommunistische Ära selbst. Mögen die Menschen auch noch so oft beteuern, daß der Kommunismus etwas war, was »uns« von »ihnen« angetan wurde: Tatsache bleibt, daß nur sehr wenige Menschen sich gegen die kommunistische Macht stellen konnten oder wollten (in manchen Ländern, namentlich in der Tschechoslowakei, wurde er zunächst sogar im Rahmen freier Wahlen von einer starken Minderheit der Wähler begrüßt). Es lag in der Natur des »real existierenden Sozialismus« in Osteuropa begründet, daß er die Menschen zu den beschämendsten und korruptesten Formen der Kollaboration zwang, wenn ihr tägliches Leben einigermaßen erträglich sein sollte. Und die meisten Menschen wurden früher oder später zu Kollaborateuren: Intellektuelle, Priester, Eltern, Manager, Käufer, Arbeiter, Ärzte usw. Wenn die Menschen heute eine gewisse Scham darüber empfinden, im Kommunismus und unter dem Kommunismus gelebt zu haben, dann nicht um irgendwelcher wirklichen oder vermeintlichen Verbrechen willen, sondern wegen der tagtäglichen Lügen und der ewigen kleinen Kompromisse. Bis zum Auftreten von *Solidarnosc* änderte sich an diesem Muster nichts, und sogar das gleichmäßig heroische Bild vom polnischen Widerstand in den achtziger Jahren ist mythologisch nicht ganz uneigennützig. In der Tschechoslowakei mit ihren 15 Millionen Einwohnern unterzeichneten nur 1 864 Personen die Charta 77. Noch im Juni 1989, als der Repressionsapparat weitgehend gelockert und die Ära Gorbatschow schon weit fortgeschritten war, unterzeichneten nur 39 000 die »Wenigen Sätze«, das erste Manifest des späteren Bürgerforums.²⁷

Dieses Gefühl, daß ganze Nationen Mitwisser eines kleinen, schmutzigen Geheimnisses sind, erklärt den Umstand, daß heute in Ostdeutschland, in der Tschechoslowakei und in geringerem Umfang auch in anderen Ländern Vergeltung, Säuberung und Reinigung zu einer wahren Obsession geworden sind. Die Analogie zu Frankreich 1944 ist frappierend. Die gegenseitigen Vorwürfe und Schuldzuweisungen grassieren, wobei jeder Standpunkt vertreten ist, angefangen bei denen, die Schuld, Verurteilung und Bestrafung auf ein paar repräsentative und krasse Fälle beschränken möchten, bis hin zu jenen, die am liebsten ganze Nationen für ihre Vergangenheit büßen lassen würden. Was bei all dem zu kurz kommt, ist eine leidenschaftslose Würdigung der kommunistischen Ära in Europa. Die Wenigsten wagen es, darauf hinzuweisen, daß die kommunistische Herr-

schaft sich von den Vorkriegsregimen in den meisten Ländern der Region hauptsächlich durch ihre zynische Ausbeutung nationaler Ressourcen für ein *fremdes* Interesse unterschied: das sowjetische. Und als Regierung, Regime oder Elite unterschieden sich die nachstalinistischen Kommunisten nicht immer sehr von dem, was vorher gewesen war. Jedenfalls ist von daher die kommunistische Ära in das Geschichtsverständnis dieser Länder einzubeziehen. Man kann diesen Teil der Vergangenheit nicht einfach ad acta legen.

Auch hier ist die Analogie zu Vichy oder dem italienischen Faschismus wahrscheinlich angebracht. Die von den Sowjets aufgezwungenen Regime Osteuropas sind Teil der jeweiligen nationalen Geschichte; sie knüpften an gewisse lokale Traditionen an, verfolgten bestehende Muster der Wirtschaftspolitik weiter, und sie prägten den Charakter auch der nachkommunistischen Gesellschaften. Was für Pétain und Mussolini galt, gilt auch für die Marionettenregierungen in den Volksdemokratien: So groß die Versuchung sein mag, man kann sie aus der Geschichte des Landes nicht als Fremdkörper, als vorübergehende Verirrung eliminieren oder ausklammern. Zudem hat die Ankunft der Roten Armee die spärlichen »Überreste« von Minderheiten (vor allem der Juden) gerettet. Das war ein wichtiges Argument bei einigen Protagonisten des Historikerstreits; aber in einer Region, in der der Antisemitismus bis heute endemisch ist, ist es kaum populär, damit Regime zu verteidigen, die oft (hinter vorgehaltener Hand) als das Werk von Juden hingestellt wurden. Meine Absicht ist es hier nicht, irgendeine Art von Bilanz der Sowjetherrschaft ziehen zu wollen; ich möchte nur festhalten, daß das kommunistische Experiment nicht vom Himmel gefallen und spurlos wieder verschwunden ist und daher nicht aus der Vergangenheit der betroffenen Länder verabschiedet werden kann – so wie die Kommunisten selbst früher versucht haben, aus der Vergangenheit alles auszuschneiden, was ihrem eigenen Projekt abträglich war.

Diese Fehlerinnerung an den Kommunismus trägt nun ihrerseits wieder zu einer Fehlerinnerung an den Antikommunismus bei. General Antonescu, der im Juni 1945 hingerichtete rumänische Kriegsführer, verteidigte sich in seinem Prozeß mit der Behauptung, er habe sein Land vor der Sowjetunion schützen wollen. Heute wird er in einer populären rumänischen Geschichtsschreibung zum Helden umstilisiert; daß er während des Krieges in Rumänien an Massakern an Juden und anderen beteiligt war, fällt gegenüber seinen antirussischen Referenzen kaum ins Gewicht. Antikommunistische Geistliche überall in der Region, Nationalisten, die in Estland, Litauen und Ungarn Seite an Seite mit den Nazis kämpften, rechte Partisanen, die im Zuge der mörderischen Abrechnungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, vor der Machtübernahme durch die Kommunisten, wahllos Juden, Kommunisten und Liberale ermordeten – sie alle können

jetzt damit rechnen, als Männer von gemäßigter und löblicher Gesinnung rehabilitiert zu werden; ihr stärkster Trumpf sind natürlich die Schmähungen, mit denen das frühere Regime sie überhäuft hat.²⁸

Auch in der Frage der Vergeltung und Rehabilitierung befindet sich das Zeugnis der Geschichte in der Geiselhaft einer zeitgenössischen Gefühlslage. Das »Lustrations«-Vorhaben in der Tschechoslowakei, durch das alle, die mit der vormals herrschenden Partei auch nur das Geringste zu tun gehabt hatten, ihre bürgerlichen Rechte verlieren sollten, ist die extremste Alternative – verderblich durch die Anwendung des Prinzips der Kollektivverantwortung und opportunistisch, insofern dieses Verfahren für die Parteien rechts von der Mitte ein Instrument darstellte, ihre linken und liberalen Widersacher bei den Wahlen in Bedrängnis zu bringen. In Bulgarien wurden »Bürgertribunale« eingerichtet, die eine Art öffentlicher »Degradierung« all jener Personen vornehmen sollen, die der aktiven Beteiligung an früheren Verbrechen für schuldig befunden wurden. Sogar die Ungarn haben ihren zornigen Disput: Es gibt eine Dauerdiskussion über die Frage, ob man Andras Hegedüs vor Gericht stellen soll, einen Mann, der 1956 auf das falsche Pferd gesetzt und die Entmachtung und Ermordung Imre Nagys betrieben hatte, der sich aber in den Augen mancher Menschen dadurch rehabilitiert hat, daß er später zum »Reformkommunismus« konvertierte.

Die aufschlußreichste Krise betrifft die Rückgabe von Eigentum. In den meisten Ländern Osteuropas sind Gesetze in Kraft oder in Vorbereitung, die die Rückgabe von Grundbesitz und Gebäuden an diejenigen Personen regeln, die sie 1948 verloren haben. Das warf jedoch harte Fragen auf. Warum 1948? Bloß weil es die Kommunisten waren, die damals mit der systematischen Enteignung begannen? Was war mit den Menschen, deren Häuser, Höfe und Geschäfte schon zwischen 1945 und 1948 enteignet worden waren? Oder mit den Millionen, denen ihr Besitz während des Krieges oder, wie im Fall der Tschechen und Slowaken, nach 1938 rechtswidrig weggenommen worden war? Wenn nur das kommunistische Regime auf diese Weise behandelt werden soll, was ist mit denen, die von der Vertreibung der Sudetendeutschen, von der Zwangsumsiedlung von Ungarn in die Slowakei, von der Deportation und Ermordung der Juden in vielen Ländern profitierten? Waren unrechtmäßige Enteignung, kollektive Bestrafung und der Verlust der materiellen Güter und der Lebensgrundlage an sich Unrecht oder nur dann, wenn sie von Kommunisten begangen worden waren?

Die Schwierigkeit liegt natürlich darin, daß es in allen diesen Ländern viele Menschen gibt, die in den Jahren 1938 bis 1948 vom Leiden anderer profitierten. Das ist etwas, das die Kommunisten nach 1948 nicht an die große Glocke hängen wollten – und etwas, das die Nutznießer selbst, ihre

Erben und ihre Landsleute heute nicht hören wollen. Es erklärt, warum so viele Tschechen und Slowaken empört waren, als Havel sich in einer seiner ersten Amtshandlungen als Staatspräsident bei Deutschland für die Vertreibung der Sudetendeutschen entschuldigte, und es gehört zu den tieferreichenden Komplexen und dem Schweigen im Zusammenhang mit Beteiligung und Schlimmerem bei der Behandlung von Minderheiten in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Das problematische Verhältnis von Polen und Juden in der polnischen Geschichte, einschließlich der traumatischen Erfahrungen von Juden im Nachkriegspolen, ist der dramatischste und bekannteste dieser Fälle, aber keineswegs der einzige.²⁹ Schließlich gibt es noch ein anderes, absolut unlösbares Dilemma: Was nützt es, Eigentum zurückzuerstatten, wenn man Abermillionen von Menschen den Verlust von Chancen und Freiheit, den sie nach 1948 erlitten haben, nicht ersetzen kann? Ist nicht irgend etwas falsch an einer Lösung, bei der die Familie Schwarzenberg ihre Schlösser zurückbekommt und längst verstorbene Emigranten für einen Verlust entschädigt werden, aus dem ihre Nachfahren Kapital schlagen, während jene, die nichts hatten, auch nichts bekommen und verbittert zusehen müssen, wie ihre eigenen verlorenen Chancen und die ihrer Kinder nicht zählen? Gerecht oder nicht gerecht – es scheint jedenfalls unfair und ist politisch höchst unklug.

Diese und andere Paradoxa bei den jüngsten Versuchen, unglückliche Erinnerungen aufzulösen, machen begrifflich, warum nach 1989 in Osteuropa ältere Gefühle und Bündnisse wieder zum Tragen kommen. Das war natürlich bis zu einem gewissen Grade zu erwarten. Die kommunistische Ära hat an der Art der Wahrnehmung und Bewertung lokaler und nationaler Interessen nichts geändert; sie war nur bestrebt, sie aus der öffentlichen Sprache zu tilgen. Da sie nichts an ihre Stelle gesetzt und die sozialistische Tradition, deren illegitimer Sproß sie selber war, endgültig in Mißkredit gebracht hat, hinterließ sie ein Vakuum, in das ethnischer Partikularismus, Nationalismus, Nostalgie, Fremdenfeindlichkeit und uralte Fehden einströmen konnten; diese älteren Formen des politischen Diskurses waren nicht nur dadurch schon legitimiert, daß der Kommunismus sie verleugnet hatte; sie waren auch die einzigen Begriffe der politischen Kommunikation, auf die jedermann zurückgreifen konnte, weil sie in der Geschichte der Region verwurzelt waren. Zusammen mit der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, die im Osteuropa vor 1939 oft als Kriterium für die Zugehörigkeit zur Nation fungierte, sind sie, samt der Vergangenheit, die sie repräsentieren und beschreiben, zurückgekehrt, um die postkommunistische Politik und Erinnerung heimzusuchen und zu verzerren.

Das muß man aus sich selbst heraus verstehen. Im Gegensatz etwa zu Frankreich oder Großbritannien leben die kleinen Nationen Osteuropas

seit Jahrhunderten in der Furcht vor ihrem Untergang. Es ist wirklich tragisch, daß immer dann, wenn ihnen ein gewisses Maß an Autonomie und Unabhängigkeit zugestanden wurde, dies auf Kosten anderer ging und unter dem Schutz eines autoritären fremden Interesses geschah. Viele Slowaken sprechen heute begeistert von Pater Tiso, dem slowakischen Führer, der im April 1947 wegen Kollaboration und Kriegsverbrechen in der Zeit der slowakischen Unabhängigkeit von 1939 bis 1944 gehenkt wurde. Das erklärt teilweise die gegenwärtigen slowakischen Separationsbestrebungen und die jüngste Weigerung slowakischer Repräsentanten, die Ratifizierung von Vereinbarungen mit Deutschland vorzunehmen, in denen das Münchener Abkommen von 1938 für null und nichtig erklärt wird. Grausames Faktum ist, daß München für viele Slowaken, damals wie heute, *von Vorteil gewesen ist*.³⁰

Die Kroaten sind demgegenüber wenig begeistert von der brutalen Herrschaft des Ustascha-Regimes, das sich den von Deutschland garantierten unabhängigen kroatischen Staat zunutze machte, um in massivem Umfang Juden und Serben zu vernichten; aber man kann ihnen kaum eine gewisse Verwirrung verdenken, wenn man heute von ihnen verlangt, sich entschieden von dieser kurzen Erinnerung an eine autonome nationale Existenz zu distanzieren. Das polnische Nationalgefühl kann eine häßliche Sache sein, weil es in einem zweifelhaften Gefühl katholischer Besonderheit wurzelt, vor dem sich zu fürchten Juden und Ukrainer allen Grund haben (wie auch die Tschechen, wenn sie sich an die opportunistische polnische Landnahme nach »München« erinnern). Indessen hatten die Russen zwei Generationen lang versucht, der polnischen Erinnerung einen Internationalismus aufzuzwingen, der die Vorstellung, die die Polen von sich hatten, völlig ignorierte, und es wäre in der Tat erstaunlich, hätte die Nation sich vom »brüderlich sozialistischen Europa« unmittelbar der kosmopolitischen westlichen Idee Europas zugewandt, wie sie den Vorstellungen optimistischer Dissidenten entsprach, ohne eine nostalgische Phase der Verbundenheit mit einer rein polnischen Vergangenheit durchzumachen.

Antisemitismus

Von allen alten Sprachen, die die vom kommunistischen Diskurs zurückgelassene Lücke so rasch gefüllt haben, ist der Antisemitismus die augenfälligste. Daß es im zeitgenössischen Ost- und Mitteleuropa kaum noch Juden gibt, ist demgegenüber fast irrelevant.³¹ Der Antisemitismus in diesem Teil Europas hat lange eine zentrale politische und kulturelle Rolle gespielt; er ist ebenso sehr eine Methode, von »uns« und »ihnen« zu sprechen, wie er dazu dient, Juden zu isolieren. Frappierend ist jedoch das Unbehagen, das heute jede Andeutung weckt, die Osteuropäer müßten

erst einmal mit ihrer *früheren* Behandlung der Juden ins Reine kommen. Diese Vergangenheit ist, von Kommunisten wie von Nichtkommunisten, so gründlich begraben worden, daß Versuche, sie auszugraben, von jedermann, auch von den Juden selbst, mißbilligt werden. Die jüdische Intelligenz Budapests und Warschaus (zu der ein guter Teil der dissidenten Intellektuellen der vergangenen zwanzig Jahre gehört) wünscht denn auch nicht, daran erinnert zu werden, daß ihre eigene jüngste Vergangenheit und die ihrer Eltern aufs engste verknüpft war mit der der kommunistischen Bewegung und daß Juden in Osteuropa, die den Krieg überlebten und sich entschlossen, nicht zu emigrieren, oft alles daransetzten, ihr Jüdischsein zu verbergen – vor ihren Kollegen, vor den Nachbarn, vor ihren Kindern, vor sich selbst. Oft sind sie die ersten, die darauf bestehen, daß es mit dem Antisemitismus 1945 vorbei gewesen sei – ja, sie behaupten sogar manchmal, der frühere Antisemitismus in Ländern wie Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und sogar Rumänien sei stark übertrieben worden.³²

Die besondere Schwierigkeit bei der Einschätzung der Behandlung der Juden, zumal während des Krieges, liegt darin, daß sie hoffnungslos mit anderen begrabenen Geschichten verwoben ist, von denen schon die Rede war. Seit einiger Zeit schon läuft unter ungarischen Historikern eine interessante Debatte über die Frage, ob die Vernichtung der ungarischen Juden hätte verhindert werden können. Einige der in diese Debatte verwickelten Historiker waren Juden, aus unterschiedlichen Generationen. Die älteren Gelehrten (unter ihnen auch Juden) räumten oft nur sehr zögernd ein, daß die Ungarn mehr hätten tun können, um die Deportation ihrer jüdischen Gemeinde 1944 zu verhindern; es ging weniger um das Schicksal der ungarischen Juden als um die Verantwortung der Ungarn für ihr eigenes Verhalten gegenüber den Nationalsozialisten in den letzten Phasen des Krieges.³³

Merkwürdigerweise hat dieses Syndrom seine genauen Äquivalente im Westen. Nachkriegsösterreicher – Juden wie Nichtjuden – stellten sich Hitlers österreichische Opfer gern als einheitliche, undifferenzierte Kategorie vor: Das Unrecht an den Juden, Sozialdemokraten (und jüdischen Sozialdemokraten), Christsoziale usw. verschwamm 1945 zu einer einzigen Erinnerung an die Unterdrückung der österreichischen Nation durch preußisch-deutsche Nazis. In Österreich wie in seinen östlichen Nachbarländern trug diese Fehlerinnerung (die 1945 wahrlich jung genug war) wenig dazu bei, die Juden in das Geflecht der österreichischen Gesellschaft zu reintegrieren. Es gibt heute ungefähr 10 000 Juden in Österreich, aber bei einer Meinungsumfrage im Oktober 1991 glaubten 50 Prozent der Befragten, daß die Juden selber schuld an ihrer früheren Verfolgung gewesen seien, 31 Prozent sagten, sie wünschten keinen Juden zum Nachbarn, und 20 Prozent sagten, sie wünschten keine Juden im Land.³⁴

Noch weiter westlich, in Frankreich, wurde den zurückkehrenden jüdischen Überlebenden der Lager stillschweigend zugemutet, sich in die allgemeine Kategorie der »Deportierten« einzureihen. Spezielle Anerkennung erhielten nur Männer und Frauen, die wegen Widerstandsakten deportiert worden waren – ja, bei einer Parlamentsdebatte im Jahre 1948 über ein Gesetz, das Status und Rechte ehemaliger Deportierter definieren sollte, nahm niemand Bezug auf die Juden. Es sollte an die vierzig Jahre dauern, bevor die spezielle Erfahrung von Juden im besetzten Frankreich und die Art, wie Vichy sie zur Bestrafung herausgriff, zum zentralen Bestandteil der Debatte über die Erinnerung an die Besetzung wurde. Auch in Frankreich war für diese Vernachlässigung bis zu einem gewissen Grade die jüdische Gemeinde verantwortlich, die für sich einen (unsichtbaren) Platz in der Republik zu reklamieren suchte und wenig Interesse daran hatte, durch das Wecken unangenehmer Erinnerungen (der eigenen wie der ihrer Verfolger) zu weiterer Diskriminierung einzuladen. Dieser Standpunkt begann sich erst mit der nächsten Generation französischer Juden zu ändern, deren Bewußtsein durch den Sechstagekrieg vom Juni 1967 und de Gaulles fatale Bemerkungen von der »selbstbewußt auftrumpfenden Nation« »erweckt« wurde. Aus diesem Grund sind die besonderen Verantwortlichkeiten der Vichy-Regierung für die Benachteiligung der Juden so lange von Ambiguität umgeben geblieben.³⁵ Wenn Helmut Kohl heute von der Vernichtung der Juden als einem Verbrechen sprechen kann, das »im Namen Deutschlands« (und also nicht von irgendwelchen einzelnen Deutschen) begangen worden sei, ist es nicht verwunderlich, daß mehr als ein halbes Jahrhundert lang französische Politiker wenig Grund sahen, bei den Franzosen irgendein Schuldgefühl für Verbrechen zu wecken, die »in ihrem Namen« begangen worden sein sollten.³⁶

Neue Mythen und neue Vergangenheiten

Und nun? »Goodbye to all that«? Die Revolutionen von 1989 haben die osteuropäische Vergangenheit aufgebrochen, so wie die historiographischen Veränderungen im Westen jahrzehntelange Tabus beseitigt haben, mit denen Teile der Erinnerung an die Kriegszeit belegt waren.³⁷ Es wird unendliche Revisionen und Neuinterpretationen geben, aber die jüngste Vergangenheit wird nie und nirgends mehr so aussehen wie früher. Indes enthüllt bereits der oberflächlichste Blick auf die gegenwärtige Szene, daß bereits neue Mythen und neue Vergangenheiten im Entstehen sind.

Zunächst einmal spricht, sozial gesehen, einiges für Tabus. In Westeuropa wäre es vierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs keinem respektablen Gelehrten oder Mann der Öffentlichkeit eingefallen, Faschismus, Antisemitismus oder die übereifrigen Kollaborationsregime und ihre

Taten rehabilitieren zu wollen. Als Gegenleistung für den Mythos einer ethisch respektablen Vergangenheit und einer makellos unbefleckten Identifizierung mit einem wiedergeborenen Europa sind uns jene Sprechweisen und Einstellungen erspart geblieben, die in der Zwischenkriegszeit den öffentlichen Raum so herabgewürdigt und verschmutzt haben. In Osteuropa wurden die brutalen, intoleranten, autoritären und einander befehlenden Regime, die in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg fast die gesamte Region beherrschten, auf den Misthaufen der Geschichte geworfen. Die vielen unerfreulichen Wahrheiten über diesen Teil der Welt wurden durch eine einzige, schöne Lüge ersetzt. Man darf nicht vergessen, daß der Kommunismus durch sein eigenes Selbstverständnis gezwungen war, ständig ein Lippenbekenntnis zu Gleichheit, Freiheit, Rechten, kulturellen Werten, ethnischer Brüderlichkeit und internationaler Einheit abzulegen. Am Ende zweifelten nur die wenigsten an der Heuchelei des Ganzen; aber zumindest in der Öffentlichkeit wurden gewisse Dinge nicht mehr gesagt und getan, die einst in der ganzen Region die gängige Münze des Hasses gewesen waren.³⁸

Diese Zwänge sind jetzt gelockert oder überhaupt hinweggefegt worden. Wie Bruno Mégret, der Stellvertreter Le Pens im *Front National*, gesagt hat: »Wir erleben heute das Ende der Welt, wie sie in Jalta erbaut wurde. Alle Ideologien, alle Tabus [sic], die man errichtet hatte, werden beseitigt.«³⁹ Monsieur Mégret weiß, wovon er spricht: Seine Partei hat zu dieser Entwicklung nicht wenig beigetragen. Kann man sich ohne den Wegfall dieser Tabus wirklich vorstellen, daß im Oktober 1991 rund 38 Prozent der Anhänger Giscard d'Estaings und 50 Prozent der Anhänger Jacques Chiracs erklärt hätten, mit den Ansichten Le Pens »grundsätzlich einverstanden« zu sein? Noch zwei Jahre zuvor lauteten die entsprechenden Zahlen 20 bzw. 38 Prozent. Und wäre es jemandem eingefallen, die Frage zehn Jahre früher zu stellen, wären die Zahlen vernachlässigenswert gewesen. Tatsache ist, daß eben jene Mythen, die die Franzosen vor der Erinnerung an Mégrets Vichy-Ahnen bewahrten, auch als eine Art Prophylaxe gegen einen zeitgenössischen Nachhall dieser Vergangenheit wirkten. Es ist die grausame und paradoxe Wahrheit, daß die Arbeiten von Historikern wie Henry Rousso, Jean-Pierre Azéma und ihren Kollegen es möglich gemacht haben, die Wahrheit über die Vergangenheit zu sagen – und es damit Leuten aus dieser Vergangenheit erlaubt, in der Gegenwart ihre *eigene* Wahrheit zu erzählen.

Diese Situation ermöglicht auch, daß Benito Mussolinis Enkelin Alessandra heute nicht zuletzt *dank ihres Namens* Kandidatin für das italienische Parlament werden kann; denn der Duce war nicht so unpopulär, wie die Leute gerne glaubten, und sein institutionelles Erbe haftet den Italienern noch an. Nicht anders ist es in Osteuropa, wo die überstürzte De-

montage und Verleugnung des Kommunismus und aller seiner Werke bereits das frühere Treiben von Männern legitimiert, die ihren Kriegs- oder Vorkriegs-Antikommunismus mit Einstellungen und Taten verbanden, die noch bis vor kurzem buchstäblich unaussprechbar waren.

Heute, so scheint mir, werden wir Zeuge einer Art von Interregnum, eines Momentes zwischen den Mythen, wo die alten Versionen der Vergangenheit obsolet oder inakzeptabel geworden und neue noch nicht in Sicht sind. Doch zeichnen sich die Umriss neuer Mythen bereits ab. Während es für die Zwecke des moralischen Wiederaufbaus Europas notwendig war, eine stark stilisierte Geschichte über das Trauma der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit zu erzählen, werden für Europa heute die Jahre unmittelbar vor den Ereignissen von 1989 der entscheidende Bezugspunkt sein. Das soll nicht heißen, daß die früheren Fehlerinnerungen künftig in aller Ruhe in objektive und allgemein anerkannte Historie überführt würden. Wie ich schon angedeutet habe, haben die Osteuropäer noch nicht einmal mit dem Sichten und Verstehen jener vielschichtigen Vergangenheit begonnen, deren unglückliche Erben sie sind, einschließlich der Vergangenheit, der Epoche, die 1948 begann und kürzlich zu Ende ging. Der Krieg und vor allem die Nachkriegsjahre sind für die Historiographie dieser Region (in jeder Sprache) noch weithin *terra incognita*, und Leszek Kolakowski hat zweifellos recht, wenn er prophezeit, daß Osteuropa sein eigener, schmerzhafter Historikerstreit bevorsteht. Aber die entscheidenden neuen Mythen werden etwas anderes betreffen.

Westeuropa schwimmt schon jetzt in einem Meer von Fehlerinnerungen in bezug auf seine eigene Einstellung zum Kommunismus vor 1989. Was immer sie jetzt sagen, die Architekten und Advokaten eines geeinten Europa à la Maastricht wollten zu keiner Zeit eine ganze Gruppe von Habenichts-Nationen aus dem Osten dabei haben; sie hatten schon genug damit zu tun, das Sortiment der Mittelmeerländer zu verdauen und zu integrieren. Der sowjetische Würgegriff um Osteuropa hatte den doppelten Vorteil, diese Region vom wohlhabenden Westen fernzuhalten, während er diesem zugleich den Luxus erlaubte, eben jene Umstände zu beklagen, von denen er profitierte. Auf ähnliche Weise ist die nichtkommunistische europäische Linke schon dabei, zu vergessen, wie außerordentlich defensiv sie in den vergangenen zwanzig Jahren in Sachen sowjetischer Herrschaft gewesen ist. Zwischen Willy Brandts Ostpolitik und den Phantasien der extremen Abrüster hat die westliche Linke nicht nur jede Kritik an den kommunistischen Regimen entmutigt, sie hat diese Regime auch oft sehr energisch verteidigt, vor allem gegen Ende der Ära Breschnew. Noch heute sind Ansätze zu dem Versuch zu erkennen, aus der Perestroika die versäumte Gelegenheit zur Erneuerung und Wiedergeburt des kommunistischen Projekts zu machen, mit Gorbatschow als dem

Pseudo-Bucharin eines anderen Weges zum Sozialismus. Die Geschichte und Erinnerung der politischen und kulturellen Einstellungen des Westens zum Osten ist peinlich; wenn Václav Havel und andere heute nicht mehr so bissig darauf anspielen wie früher, dann deshalb, weil sie an ihre unmittelbaren Bedürfnisse denken müssen. Aber sie haben nicht vergessen, daß die westliche Linke keinen Anteil an der Befreiung Osteuropas hatte, und sie sind auch nicht unempfindlich für den offensichtlichen Mangel an Begeisterung französischer und anderer Staatsmänner über den Fall der Mauer und dessen Folgen. Mag der Westen seine eigene unmittelbare Vergangenheit vergessen – der Osten wird es nicht tun.⁴⁰

Aber auch Osteuropa steht im Bann frisch geprägter Versionen der eigenen jüngsten Vergangenheit. Die beunruhigendste ist, wie gesagt, vielleicht die Verleugnung der kommunistischen Erfahrung. Daß die Jahre 1948 bis 1989 eine häßliche Parenthese in der Geschichte Mittel- und Osteuropas waren, ist selbstverständlich richtig; ihr Vermächtnis ist größtenteils Asche, ihre Auswirkung größtenteils negativ. Aber sie kamen nicht aus dem Nichts, und auch Asche hinterläßt Spuren. Das ist der Grund, weshalb die Debatten um Kollaboration in Deutschland, der Tschechoslowakei und anderswo so entscheidend und so schwierig sind. Aber gerade bei diesen Debatten und den mit ihnen verbundenen Enthüllungen besteht die Gefahr, daß sie die Erfahrungen der französischen Nachkriegssäuberungen wiederholen: Sie waren derartig durchsetzt mit privaten Abrechnungen und Übelwollen, daß schon nach wenigen Monaten kein Mensch mehr an das Unternehmen glaubte und es schwierig (und zuletzt unzeitgemäß) wurde, in diesen Dingen zwischen Gut und Böse zu unterscheiden. Um dieses Resultat zu vermeiden – um der Gefahr zu begegnen, Sympathien für die kommunistischen »Opfer« der Rache zu wecken und öffentlichen Zynismus über die Motive der Rächer zu erzeugen –, geben einige politische Führer in jener Region bereits zu bedenken, daß es am besten sein könnte, über die ganze unerfreuliche kommunistische Episode einen Schleier zu breiten.

Aber dieser Schleier würde auch unser Verständnis für die Rolle des Kommunismus bei der Modernisierung Osteuropas erschweren. Das wäre ein Fehler: Der Kommunismus in Osteuropa hat einige Leistungen vorzuweisen, so paradox dies heute auch erscheinen mag; er hat gewisse rückständige Regionen industrialisiert (namentlich die Slowakei), und er hat alte Kasten und Strukturen zerstört, die frühere Kriege und Revolutionen überlebt hatten und jetzt nicht mehr wiederkehren werden. Ferner hat der Kommunismus Programme der Urbanisierung, Alphabetisierung und Bildung verfolgt und vorangetrieben, um welche es in diesem Teil Europas vor 1939 traurig bestellt war⁴¹; das Streben nach Verstaatlichung der Produktion und der Dienstleistungen war in der Form, wenn auch nicht in der

Sache, konsistent mit einem Prozeß, der in Polen und der Tschechoslowakei vor 1939 begonnen hatte, von den Nationalsozialisten weiterverfolgt und von den Koalitionsregierungen der Nachkriegszeit beibehalten und erweitert wurde, bevor der Kommunismus die Macht ergriff. Wenn viele heute darauf insistieren, der Kommunismus in Osteuropa sei ein fremdes und absolut dysfunktionales Oktroi sowjetischer Interessen gewesen, so ist das ebenso irreführend wie die Behauptung, der Marshall-Plan und die NATO seien einem unwilligen und wehrlosen Westeuropa aufgezwungen worden (einer der zählebigeren Mythen einer früheren Generation westlicher Kritiker).

Schließlich sind vielleicht auch die Ereignisse von 1989 schon im Begriff, ins Niemandsland mythischer und geschönter Vergangenheiten einzutreten. Man wird schwerlich behaupten können, daß irgendeine Befreiung in Osteuropa, nicht einmal in Polen und Ungarn, ohne zumindest das wohlwollende Wegsehen der Sowjetunion möglich gewesen wäre; es gibt sogar Grund zu der Vermutung, daß in der Tschechoslowakei und vielleicht auch in Berlin die Sowjets aktiv an der Beseitigung ihrer Marionettenregime beteiligt gewesen waren. Das ist keine besonders attraktive oder heroische Version einer doch entscheidenden historischen Wende; es ist, wie wenn Ludwig XVI. selbst den Fall der Bastille ins Werk gesetzt hätte, mit schlimmen Folgen für das Selbstverständnis des französischen Republikanismus. Hinzu kommt, daß dies einem Muster entspricht, das der Erinnerung Osteuropas beschämend vertraut ist: Nur zu oft wurde hier das Rad der Geschichte von außen gedreht. Die Versuchung, die Geschichte anders und tröstlicher zu erzählen, könnte übergroß werden.⁴²

So wird das neue Europa auf historischem Sand gebaut, der mindestens genauso nachgiebig ist wie der Sand, auf dem das Nachkriegsgebäude errichtet worden war. Insofern kollektive Identitäten – ethnische, nationale oder kontinentale – immer komplexe Gebilde aus Mythos, Erinnerung und politischer Konvenienz sind, braucht uns das nicht zu verwundern. Von Spanien bis Litauen wird der Übergang von der Vergangenheit zur Gegenwart im Namen einer »europäischen« Idee umgewertet, die selbst ein historisches und illusorisches Produkt ist, das an unterschiedlichen Orten unterschiedliche Bedeutungen hat. In den westlichen und mittleren Regionen des Kontinents (einschließlich Polens, der Tschechischen Republik, Ungarns und Sloweniens, aber ohne deren östliche Nachbarn) mag der Traum einer Wirtschaftseinheit zu gegebener Zeit erreicht werden, oder auch nicht.

Doch besteht keinerlei Notwendigkeit, daß der Kontinent auch nur entfernt politische Homogenität und supranationale Stabilität gewinnen wird – man sehe das einschlägige Gegenbeispiel der letzten Jahre der Habsburger Monarchie, in denen wirtschaftliche Modernisierung, ein ge-

meinsamer Markt und der freie Verkehr der Völker einhergingen mit einer stetigen Zunahme des gegenseitigen Mißtrauens und eines regionalen und ethnischen Partikularismus.⁴³ Was Osteuropa betrifft, das »dritte« Europa von Estland bis Bulgarien, so wird die Idee der europäischen Identität dort rasch für eine kämpferische Minderheit von Intellektuellen zum politischen Ersatzdiskurs, der jenen Raum besetzt, den unter anderen Umständen liberale und demokratische Projekte einnehmen würden, und der auf dieselben Widersacher und Antipathien stößt, die diese Projekte schon früher gelähmt haben. Zu einer Zeit, da das Euro-Palaver sich glücklich dem Thema der fallenden Zollschränken zuwendet, bleiben die Schranken der Erinnerung fest an ihrem Platz.

Aus dem Englischen von Holger Fließbach

Anmerkungen

- 1 Vgl. die Zahlenangaben bei Gerold Ambrosius und William H. Hubbard, *A Social and Economic History of Twentieth-Century Europe*, Cambridge (Massachusetts) 1989, passim; Kenneth Morgan, *The People's Peace*, Oxford 1990, S. 52.
- 2 Zu Camus' Sinneswandel in der Frage nach Rache und Vergeltung im Nachkriegsfrankreich siehe Tony Judt, *Past Imperfect: French Intellectuals 1944-1956*, Berkeley (California) 1992.
- 3 Außer dem Konzentrationslager, das die Nationalsozialisten im elsässischen Struthof errichtet hatten, gab es mehrere Internierungslager in Südfrankreich. Einige von ihnen waren in den letzten Monaten der Dritten Republik entstanden und waren für republikanische Flüchtlinge aus Spanien bestimmt; in der Vichy-Zeit dienten sie als Auffanglager für Juden, Flüchtlinge und andere unerwünschte Personen, bevor diese deportiert wurden – meistens in den Osten. Siehe Anne Grynberg, *Les camps de la honte. Les internés juifs des camps français, 1939-1944*, Paris 1991, und die eindringlichen Erinnerungen Arthur Koestlers: *The Scum of the Earth*, London 1955.
- 4 Eine Auffassung, die auch Charles de Gaulle geteilt hat, der aus diesem Grunde gelegentlich unfähig war, beim Thema Nachkriegsvergeltung den wesentlichen Unterschied zwischen preußischer »Barbarei« und nationalsozialistischem Völkermord zu begreifen.
- 5 Eine nicht ganz unparteiische, aber gut dokumentierte Schilderung der Vertreibung der Deutschen gibt Alfred M. de Zayas, *Nemesis at Potsdam: The Expulsion of the Germans from the East*, Lincoln (Nebraska) 1989.
- 6 Die unglückliche Geschichte der Behandlung von nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei vor der Machtergreifung des Kommunismus behandelt Radomir Luza, *The Transfer of the Sudeten Germans: A Study of Czech-German Relations, 1933-1962*, New York 1984, und Petr Pithart, *Let us be kind to our History*, in: *Kosmas*, Winter 1984; ferner Kalman Janics, *Czechoslovak Policy and the Hungarian Minority, 1945-1948*, New York 1982.
- 7 Siehe Paul Ginsborg, *A History of Contemporary Italy, 1943-1988*, London 1990, S. 53 ff.
- 8 Ich bin geneigt, Henry Rousso zuzustimmen, der der Ansicht ist, daß die Nachkriegssäuberungen in Frankreich zwar unzulänglich waren, ihr Scheitern unter den gegebenen Umständen aber wohl unvermeidlich war. Siehe Rousso, *L'épuration en France: une histoire inachevée*, in: *Vingtième Siècle* 33, Januar-März 1992, S. 78-106.
- 9 Vgl. Ginsborg, *A History of Contemporary Italy*, S. 64-70. Mit späteren Vorwürfen einer summarischen Justiz an die Adresse der Partisanen befassen sich Luca Alessandrini und Angla Maria Politi, *Nuove fonti sui processi contro i partigiani, 1948-1953*, in: *Italia Contemporanea* 178, 1990, S. 41-62.
- 10 So bei dem Massaker an Ungarn in der Wojwodina, begangen von Partisanen Titos aus Rache für Aktionen des ungarischen Militärs in dieser Gegend im Januar 1942.
- 11 Die Zahlen für Österreich verdanke ich Dr. Lonnie Johnson vom »Institut für die Wissen-

- schaften vom Menschen« in Wien. Zu Frankreich siehe Rousso, *L'épuration en France*, a.a.O., aber auch Marcel Baudot, *L'épuration: bilan chiffré*, in: *Bulletin de l'Institut d'Histoire du Temps Présent* 25, September 1986, S. 37-53.
- 12 Was den Franzosen zunächst bemerkenswert gut gelang. Im Juli 1951 schrieb eine Beobachterin, es sei »alarmierend«, wie rasch Vichy bei ihnen in Vergessenheit gerate. Siehe Janet Flanner, *Paris Journal 1944-1965*, New York 1977, S. 153.
 - 13 Die milde und eingeschränkte Säuberung bei den Wirtschaftskollaborateuren beschreibt Henry Rousso, *Les élites économiques dans les années quarante*, in: *Les élites in Francia e in Italia negli anni quaranta, Mélanges de l'école française de Rome*, Bd. 95, 1982/1983.
 - 14 Im Falle Italiens erhebt sich eine weitere Frage, die von der Gloriole, welche die Widerstandskoalition umgibt, verdunkelt wird: Besteht nicht Anlaß zu der Vermutung, daß Mussolinis Regime sich in die Nachkriegszeit hätte retten können, wenn der Duce sich nur entschlossen hätte, Hitlers Krieg fernzubleiben, und er am Ruder geblieben wäre? Der Vergleich mit Franco ist nicht so unplausibel, wie es scheint; die kurze Geschichte des italienischen Nationalstaats hatte wenig Gelegenheit zum Einüben demokratischer und konstitutioneller Gebräuche geboten.
 - 15 Enzensbergers Formulierung deutet ein stillschweigendes Einverständnis an, gewisse Dinge nicht öffentlich zu diskutieren, wodurch sie in der Erinnerung unscharf werden. Insofern Historiker zu dieser Lage beigetragen haben, geschah es meistens durch Unterlassen; die Kriegsjahre waren noch zu nahe, die primären oder offiziellen Quellen noch zu spärlich, als daß sie seriöse historische Darstellungen der Kollaboration oder des Widerstandes erlaubt hätten. Als der zeitliche Abstand größer wurde und die Archive sich öffneten, entstanden trotz des Problems des Zeitgenossentums in der Tat einige gute wissenschaftliche Untersuchungen. Allerdings wurden sie nicht unbedingt außerhalb eines kleinen Kreises von Fachleuten gelesen. Als ihr Einfluß endlich *doch* spürbar wurde, geschah es in der Regel aus Gründen, die wenig mit den formalen Bedingungen akademischen Forschens zu tun hatten.
 - 16 Siehe William B. Bader, *Austria between East and West, 1945-1955*, Stanford 1966, und Robert E. Clute, *The International Legal Status of Austria, 1938-1955*, Den Haag 1962.
 - 17 Siehe Rudolf Bindschedler, Hans Rudolf Kurz, Wilhelm Carlgren und Sten Carlsson, *Schwedische und Schweizerische Neutralität im Zweiten Weltkrieg*, Basel 1985, namentlich die Beiträge von Carlsson und Bindschedler und vor allem von Samuel Werenfels (*Die Schweizerische Praxis in der Behandlung von Flüchtlingen, Internierten und entwichenen Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg*, S. 377-405). Ferner Sven-Olof Olsson, *German Coal and Swedish Fuel*, Göteborg 1975.
 - 18 Ein weiteres gemeinsames Charakteristikum der Gründungsväter der EWG, ihr Katholizismus, mag das anfängliche Mißtrauen und Zögern auf seiten skandinavischer und vor allem britischer Politiker in der Nachkriegszeit erklären. Für diese Beobachtung bin ich Stephen Graubard zu Dank verpflichtet. Die Briten hatten natürlich noch viele andere Gründe, sich von europäischen Projekten fernzuhalten – man vergleiche die Gespräche mit führenden britischen Politikern und Beamten in Michael Charlton, *The Price of Victory*, London 1983.
 - 19 Man muß jedoch festhalten, daß Frankreich die internationale und die europäische Konvention von 1968 bzw. 1974 nicht unterzeichnet hat, wonach auch *Kriegsverbrechen* nicht verjähren. Infolgedessen kann man nach französischem Recht einen Menschen für Handlungen während des Krieges nur belangen, wenn sein Tun unter den ebenso restriktiven wie nebulösen Begriff des »Verbrechens gegen die Menschlichkeit« fällt.
 - 20 Henry Rousso, *Le Syndrome de Vichy, de 1944 à nos jours*, 2. Aufl., Paris 1990. Weitere Beispiele für bahnbrechende Beiträge ausländischer Forscher sind: Eberhard Jäckel, *Frankreich in Hitlers Europa*, Stuttgart 1966 (erst 1988 in französischer Übersetzung erschienen); Robert O. Paxton, *Vichy France: Old Guard and New Order*, New York 1972; Dennis Mack Smith, *Italy: A Modern History*, Ann Arbor 1959, und derselbe, *Mussolini*, New York 1982. Zu beachten auch das Werk von Gerhard Hirschfeld, *Nazi Rule and Dutch Collaboration: The Netherlands Under German Occupation, 1940-1945*, Oxford 1988. Die Übersetzung von Hirschfelds Arbeit, *Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940-1945*, Stuttgart 1984, lieferte das notwendige Korrektiv selbst zu den besten holländischen Arbeiten über dieses Thema. Siehe auch Nanda van der Zee, *The recurrent myth of 'Dutch heroism' in the Second World War and Anne Frank as a Symbol*, in: *The Netherlands and Nazi Genozid*, Hg. G. Jan Colijn und Marcia S. Littell, Lewiston (New York) 1992, S. 1-14.
 - 21 Alle drei wurden auf ihre aktive Rolle an der Behandlung der Juden während der Vichy-Zeit »überprüft« – und in allen drei Fällen mahnten die Mühlen der Gerechtigkeit mit quälender

- und verdächtiger Langsamkeit. Der Grund für diese Abneigung gegen das Aufwerfen alter, unbequemer Fragen ist der gleiche wie 1946; der stellvertretende Justizminister einer sozialistisch geführten Regierung, M. George Kiejman, erklärte am 19. Oktober 1990: »Neben dem notwendigen Kampf gegen das Vergessen erscheint auch die Wahrung des inneren Friedens als wichtig.«
- 22 Die deutschen Argumente drehten sich weniger um Kollaboration und Widerstand, ein für Deutschland marginales Thema, als vielmehr um das Problem der Verantwortung (und der Grenzen dieser Verantwortung) für die Politik der Rassenvernichtung. Nach vierzig Jahren, in denen das Thema zwar anerkannt war, aber trotzdem merkwürdig undiskutiert blieb, hielten es einige konservative Historiker angesichts der inzwischen verflossenen Jahre und der sinkenden Legitimität des Sowjetkommunismus für an der Zeit, den Holocaust zu »historisieren«, die Vergleichbarkeit von Nationalsozialismus und Stalinismus zu konzedieren und sogar die These zu vertreten, die nationalsozialistische Politik des Genozids sei bis zu einem gewissen Grad eine zwar schreckliche, aber rationale und erklärliche Reaktion auf die Bedrohung Deutschlands durch seinen totalitären östlichen Nachbarn gewesen. Die moralischen und politischen Schockwellen dieses historischen Streits sind durch die unerwartete Vereinigung Deutschlands und die damit einhergehenden moralischen Dilemmata einigermaßen gebrochen worden, haben aber ihre Wirkung keineswegs verloren. Siehe Richard J. Evans, *In Hitler's Shadow*, New York 1989; Charles S. Maier, *The Unmasterable Past*, Cambridge (Massachusetts) 1988, und Peter Baldwin, Hg., *Reworking the Past: Hitler, the Holocaust and the Historians' Debate*, Boston 1990, namentlich die Beiträge von Saul Friedländer, Hans Mommsen und Hagen Schulze. Siehe auch den sarkastischen Kommentar eines der Streitenden, Hans-Ulrich Wehler, *Die Entsorgung der deutschen Vergangenheit. Ein polemischer Artikel zum 'Historikerstreit'*, München 1988.
 - 23 Zu Waldheims Präsidentschaft und ihren Folgen in Österreich siehe das neue Buch von Richard Mitten, *The Waldheim Phenomenon in Austria: The Politics of anti-semitic Prejudice*, Boulder (Colorado) 1992.
 - 24 Siehe die Überlegungen von Rousso, Daniel Lindenberg, Stanley Hoffmann und anderen, *Que faire de Vichy? in: Esprit*, Mai 1992, S. 5-87.
 - 25 Claudio Pavone, *Una guerra civile. Saggio storico sulla moralità nella Resistenza*, Turin 1991; Luisa Passerini, *Mussolini immaginario*, Bari 1991, und das Editorial *Il nuovo processo alla Resistenza*, in: *Italia Contemporanea* 181, Dezember 1990, S. 645-651. Siehe ferner Passerinis frühere Arbeit: *Fascism in Popular Memory*, Cambridge 1987, eine Übersetzung ihres: *Torino Operaia e Fascismo*, Bari 1984. Der kontinuierliche Zerfall der Widerstandskoalition im Nachkriegsitalien hat natürlich Status und Basis der Christdemokraten beeinflusst. Am meisten wurde die öffentliche Diskussion über die Erfahrung der Kriegszeit aber durch den Niedergang und Sturz des ehemaligen PCI erleichtert und sogar ermutigt. Ein klassisches Beispiel für den traditionellen kommunistischen Standpunkt zum Krieg und zu den Nachkriegsjahren bietet Luigi Longo, *Chi a tradito la Resistenza*, Rom 1975.
 - 26 Vgl. Peter Schneiders jüngste Arbeit, *The German Comedy: Scenes of Life After the Wall*, New York 1991. Zu der Frage, wie DDR-Historiker das Thema Antisemitismus behandelt haben, siehe K. Kwist, *Historians of the German Democratic Republic on anti-Semitism and Persecution*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook XX*, 1976, S. 173-198.
 - 27 Siehe Tony Judt, *Metamorphosis: The Democratic Revolution in Czechoslovakia*, in: *Eastern Europe in Revolution*, Hg. Ivo Banac, New York 1992.
 - 28 Noch problematischer ist der Fall von Männern wie dem rumänischen Autor Mircea Eliade, einem liberalen Intellektuellen, der für seine hellsichtige Kritik des Stalinismus in den fünfziger Jahren und danach heute sehr bewundert wird. Es wird nur zu leicht vergessen, daß Eliade, wie viele Intellektuelle Mittel- und Osteuropas, vor dem Zweiten Weltkrieg Anhänger der extremen nationalistischen Rechten war.
 - 29 Beim Pogrom in Kielce am 4. Juli 1946 starben 41 Juden. Ähnliche, kleinere Ausbrüche von Antisemitismus gab es im Nachkriegspolen viele. Es gibt jedoch Gründe für die Annahme, daß diese Greuel (wie auch der Mord an zwei Juden im ungarischen Kunmadaras am 21. Mai 1946) von der kommunistischen Polizei provoziert worden sind, die ein Interesse daran hatte, das bereits gespannte Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden weiter zuzuspitzen. Siehe Aleksander Smolar, *Jews as a Polish Problem*, in: *Daedalus* 116 (2), Frühjahr 1987, S. 31-73, sowie *Babylon* 2, Juli 1987, und Yosef Litvak, *Polish-Jewish Refugees Repatriated from the Soviet Union to Poland at the End of the Second World War and Afterwards*, in: *Jews in Eastern*

- Poland and the USSR, 1939-1946, Hg. Norman Davies und Antony Polonsky, New York 1991. Ich bin Prof. Istvan Deák für seine Beobachtungen zu diesem Punkt zu Dank verpflichtet.
- 30 Der »Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit« zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland wurde am 27. Februar 1992 unterzeichnet und in der tschechoslowakischen Föderalversammlung am 4. April 1992 mit 226 zu 144 Stimmen angenommen und ratifiziert. Gegen den Vertrag stimmten Abgeordnete der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokraten und der Slowakischen Nationalisten; die Slowaken stießen sich an der Formulierung von dem »kontinuierlichen Fortbestand des tschechoslowakischen Staates seit 1918«.
 - 31 Nur in Ungarn gibt es eine signifikante Zahl von Juden, und zwar rund 100 000, von denen die meisten in Budapest leben.
 - 32 Nach Joseph Rothschild war im Osteuropa der Zwischenkriegszeit »die einzige wirklich machtvolle internationale Ideologie ... ein auf Überzeugung und Erfahrung basierender Antisemitismus«, East-Central Europe Between the Two Wars, Seattle 1974, S. 9. Interessante Bemerkungen zur »Assimilierungswut« jener ungarischen Juden, die sich in der Nachkriegszeit entschlossen, im Lande zu bleiben, bietet Maria Kovacs, Jews and Communists: A View After Communism, unveröffentlicht.
 - 33 Siehe Istvan Deák, Could the Hungarian Jews Have Survived? in: New York Review of Books, 29 (1), 4. Februar 1982; Randolph L. Braham, The Politics of Genocide: The Holocaust in Hungary, New York 1981; György Ránki, The Germans and the Destruction of the Hungarian Jewry, in: The Holocaust in Hungary: Forty Years Later, Hg. Randolph L. Braham und Béla Vago, New York 1985; András Kovács, Could Genocide Have Been Averted? in: *Budapest Review of Books* 1 (1), 1991, S. 20-25.
 - 34 Zum Nachkriegsumgang der Österreicher mit dem einheimischen Antisemitismus und der Erinnerung an die österreichische Begeisterung für die Nationalsozialisten siehe Bruce F. Pauley, From Prejudice to Persecution: A History of Austrian anti-Semitism, Chapel Hill (North Carolina) 1991, S. 301-310.
 - 35 Siehe Annette Wieworka, Déportation et Génocide. Entre la mémoire et l'oubli, Paris 1992, vor allem S. 19-159 und 329-433; Serge Klarsfeld, Vichy-Auschwitz. Le rôle de Vichy dans la solution finale de la question juive en France, 2 Bde., Paris 1983.
 - 36 Bemerkenswert ist, daß François Mitterrand 1982 beim Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem jede offizielle Anerkennung der Rolle Vichys bei der Deportation der Juden vermied – ein Schweigen, das er trotz leidenschaftlicher Appelle aus vielen Teilen der französischen Gesellschaft bisher nicht gebrochen hat. Aber Frankreich ist kein Einzelfall – das historiographische und öffentliche Interesse an Judendeportationen in Belgien, Italien und anderswo ist jüngsten Datums. Man kann sich heute kaum mehr vorstellen, eine wie geringe Rolle in den unmittelbaren Nachkriegsjahrzehnten die Vernichtung der Juden und das sensible Problem des latenten Antisemitismus im politischen Bewußtsein Europas gespielt hat.
 - 37 Zu den optimistischeren Zeichen in Osteuropa gehört die Organisation oder Reorganisation von Zentren der historischen Forschung, die in vielen Fällen darauf ausgerichtet sind, den Schaden wiedergutzumachen, den die historische Forschung in den letzten vierzig Jahren in dieser Region erlitten hat. In Prag hat das Památník odboje (Gedenkstätte für den Widerstand) – Teil des einstigen Militärgeschichtlichen Instituts der Tschechoslowakischen Armee – nunmehr eine von Dr. Frantisek Janacek geleitete Abteilung, die der historischen Untersuchung von Widerstand und Kollaboration in der Tschechoslowakei während und nach dem Zweiten Weltkrieg gewidmet ist.
 - 38 Die hervorsteckende Ausnahme war natürlich der üble Ausbruch eines von den offiziellen Stellen stillschweigend geduldeten Antisemitismus in Polen in den Jahren 1967 und 1968. Für viele Menschen ist dies jedoch bereits kosmetisch umfrisiert worden in das Werk einiger weniger Hitzköpfe im politischen Apparat, ohne Rückhalt oder Wurzeln in der Partei oder der Bevölkerung.
 - 39 Am 30. August 1991, zitiert in *Le Monde* vom 31. August 1991.
 - 40 Man sollte auch nicht vergessen, daß besonders die italienischen Sozialisten gemeinsam mit den Kommunisten den osteuropäischen Schauprozessen der vierziger und fünfziger Jahre begeistert applaudierten – ein Thema, über das sie heute vorziehen, diskret zu schweigen. Selbst Aneurin Bevan von der britischen Labour Party war nicht gegen die Versuchung geteilt; 1959 bekräftigte er seinen Glauben an die Zukunft der Sowjetunion und erklärte: »Die Herausforderung wird von jenen Nationen kommen, denen es, wie sehr sie sich auch irren mögen – und ich glaube, sie irren sich in vielen fundamentalen Aspekten –, doch langfristige

- gelingen wird, die materiellen Früchte der Wirtschaftsplanung und des öffentlichen Besitzes an den Produktionsmitteln zu ernten«, zitiert in Michael Foot, Aneurin Bevan: A Biography, Volume II: 1945-1960, New York 1974. Alles in allem ist es schwer, nicht der bitteren Schlußfolgerung zuzustimmen, die Paolo Flores d'Arcais formuliert: »Praktisch die gesamte europäische Linke war direkt oder indirekt am Kommunismus mitbeteiligt – durch Einseitigkeit, durch Berechnung, durch Unterlassung.« Siehe sein Editorial in *Micro Mega* 4, 1991, S. 17.
- 41 1939 gab es in Bulgarien noch 32 Prozent Analphabeten, in Jugoslawien 40 Prozent und in Rumänien fast 50 Prozent. Siehe Barbara Jelavich, *History of the Balkans: Twentieth Century*, Cambridge 1983, S. 242.
- 42 Man vergleiche die Ansprache, die der Historiker und ungarische Ministerpräsident Jozsef Antall am 11. Januar 1992 hielt; in ihr beschrieb er vor seinem ungarischen Publikum die Undankbarkeit des Westens für den heroischen Einsatz Ostmitteleuropas im Interesse des Westens. »Diese unerwiderte Liebe muß aufhören, weil wir auf unserem Posten gestanden, unsere eigenen Kämpfe ohne einen einzigen Schuß geführt und den Dritten Weltkrieg für den Westen gewonnen haben.« Diese beunruhigend revisionistische Interpretation der Kadar-Jahre findet sich auszugsweise in *East European Reporter* V (II), März-April 1992, S. 66-68.
- 43 Siehe David F. Good, *The Economic Rise of the Habsburg Empire, 1750-1914*, Berkeley (California) 1984.